



90. Sitzung

am Dienstag, dem 13. Dezember 2016, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 7827

Nachruf auf die ehemaligen Abgeordneten **Wolf-Dietrich Groß** und **Dr. Hildegard Hamm-Brücher** 7827

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes und anderer Gesetze
(Drs. 17/14651)
- Erste Lesung -

Staatsminister Joachim Herrmann..... 7827
Harry Scheuenstuhl (SPD)..... 7828
Andreas Lorenz (CSU)..... 7829
Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER)..... 7830
Jürgen Mistol (GRÜNE)..... 7831

Verweisung in den Innenausschuss..... 7832

Haushaltsplan 2017/2018
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u. a. (CSU)
Haushaltsplan 2017/2018
hier: Stellenplan für den Landesbeauftragten für den Datenschutz (Kap. 01 04)
(Drs. 17/13261)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 17/14634)

Beschluss zum Einzelplan 01..... 7833

Berichtigungsermächtigung für das
Finanzministerium..... 7833

Erledigung des Änderungsantrags..... 7833

Haushaltsplan 2017/2018
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 17/14622)

Beschluss..... 7833

Berichtigungsermächtigung für das
Finanzministerium..... 7833

Haushaltsplan 2017/2018
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion
(Drs. 17/13242)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER
(Drsn. 17/13194 und 17/13195)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Drs. 17/13297)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 17/14631)

Ministerpräsident Horst Seehofer..... 7834
Markus Rinderspacher (SPD)..... 7839 7845 7846

Klaus Steiner (CSU).....	7845		
Kerstin Celina (GRÜNE).....	7846		
Thomas Kreuzer (CSU).....	7846		
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER).....	7852		
Ludwig Hartmann (GRÜNE).....	7857		
Karl Freller (CSU).....	7863	7865	
Beschluss zum Einzelplan 02.....	7866		
		Erledigung gem. § 126 Abs. 6 BayLTGeschO der zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge (s. a. Anlage).....	7866
		Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium.....	7866
		Schluss der Sitzung.....	7866

(Beginn: 14.04 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 90. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt. – Zunächst darf ich Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben und zweier ehemaliger Mitglieder des Hohen Hauses zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 6. Dezember verstarb in München-Großhadern Herr Wolf-Dietrich Großer im Alter von 88 Jahren. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1974 bis 1982 und von 1990 bis 1994 an und vertrat für die FDP den Wahlkreis Oberbayern. Im Parlament brachte Wolf-Dietrich Großer sein Fachwissen im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes sowie insbesondere im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen ein, dessen Anliegen er sich in seinem langjährigen politischen Engagement besonders verpflichtet fühlte. Zudem war Wolf-Dietrich Großer mehrere Jahre lang Mitglied des Präsidiums des Bayerischen Landtags und einige Zeit stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion. In besonderer Weise widmete er sich zudem der Kommunalpolitik, für die er sich in jahrzehntelangem Engagement als Gemeinderat, Kreisrat und Zweiter Bürgermeister einsetzte. Seiner Wahlheimat Oberschleißheim blieb er bis zuletzt eng verbunden. Wolf-Dietrich Großer war einer der profiliertesten Vertreter des Liberalismus in Bayern. Er hat für sein beeindruckendes Engagement zu Recht große Anerkennung erfahren, die in zahlreichen Auszeichnungen und Würdigungen ihren Niederschlag gefunden hat. –

Am 7. Dezember verstarb ebenfalls hier in München Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher im Alter von 95 Jahren. Sie gehörte dem Bayerischen Landtag von 1950 bis 1966 und von 1970 bis 1976 an, wobei sie für die FDP zunächst den Wahlkreis Oberbayern und später den Wahlkreis Mittelfranken vertrat. Während ihrer Zugehörigkeit zum Hohen Haus engagierte sich Frau Dr. Hamm-Brücher insbesondere im Ausschuss für kulturpolitische Fragen sowie im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden und im Ausschuss zur Förderung des technischen Nachwuchses. Von 1954 bis 1958 war sie stellvertretende und von 1972 bis 1974 Vorsitzende der FDP-Fraktion. Zudem übernahm sie mehrere Jahre lang Verantwortung als Mitglied des Präsidiums des Bayerischen Landtags. Frau Dr. Hamm-Brücher war darüber hinaus sowohl auf kommunalpolitischer als auch auf Ebene der Bundespolitik engagiert. So gehörte sie kurz nach dem Zweiten Weltkrieg dem Münchner Stadtrat an, in dem sie

bis 1954 wirkte. Nach einer kurzen Zeit als Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium von 1967 bis 1969 übernahm sie bis 1972 das Amt der Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und war von 1976 bis 1982 Staatsministerin im Auswärtigen Amt. 1994 kandidierte Frau Dr. Hamm-Brücher zudem für das Amt der Bundespräsidentin und erhielt dabei über die Parteigrenzen hinaus großen Zuspruch.

In ihrem viele Jahrzehnte andauernden politischen und gesellschaftlichen Engagement hat sich Frau Dr. Hamm-Brücher mit ihrer Prinzipientreue und ihrem authentischen Einsatz für die Werte einer freiheitlichen Demokratie hohes Ansehen und große Verdienste erworben. Diese Anerkennung kam auch in zahlreichen Ehrungen und Auszeichnungen zum Ausdruck. Unter anderem erhielt Frau Dr. Hamm-Brücher die Verfassungsmedaille des Bayerischen Landtags in Gold.

Der Bayerische Landtag trauert mit den Hinterbliebenen und wird den beiden Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. – Sie haben sich zum Gedenken an die Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes und anderer Gesetze (Drs. 17/14651)

- Erste Lesung -

Den Gesetzentwurf begründet Herr Staatsminister Joachim Herrmann. – Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Die Erfahrungen bei der Durchführung der allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen im Jahr 2014 zeigen, dass sich die bestehenden gesetzlichen Vorschriften im Wesentlichen bewährt haben. Einige Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes sind gleichwohl erforderlich. Darüber hinaus enthält der vorliegende Gesetzentwurf auch Änderungen anderer Kommunalgesetze.

Hervorzuheben ist insbesondere die Abschaffung des Verbots der Beschränkung der Nachwahl. So ist bisher eine Beschränkung der Nachwahl nicht möglich, wenn ein Kandidat nach der Wahl zurücktritt oder die Wählbarkeit verliert, etwa weil er bei einer Kreistagswahl das Amt des Landrats angenommen hat und deshalb bei einer erforderlichen Nachwahl nicht mehr auf der Liste stehen kann. In einem solchen Fall ist

derzeit bei einer Kreistagswahl eine Nachwahl im gesamten Landkreis zwingend erforderlich, auch wenn Wahlrechtsverstöße nur in einem einzigen Stimmbezirk stattgefunden haben. Das verursacht unnötigen Aufwand und Kosten. Mit der Aufhebung dieses Verbots wird es künftig den Rechtsaufsichtsbehörden möglich sein, für den Umfang der Nachwahl die Umstände des Einzelfalls hinreichend zu würdigen und die Nachwahl gegebenenfalls auf den oder die Stimmbezirke zu beschränken, in denen die Wahlrechtsverstöße stattgefunden haben. Es ist zwar zutreffend, dass das Wahlergebnis der übrigen Stimmbezirke bei der Nachwahl dann bekannt ist und die Wähler dort, wo nachgewählt wird, ihre Stimmvergabe danach ausrichten können. Diese kleine Verzerrung kann aber hingenommen werden, weil die Wahl in den anderen Stimmbezirken ohne Wahlrechtsverstöße durchgeführt wurde und das Wahlergebnis dort den Wählerwillen zutreffend und unverfälscht wiedergibt.

Des Weiteren ist beabsichtigt, die Listennachfolge als Bezugspunkt einer Ungültigerklärung abzuschaffen. Bisher ist eine Wahl auch dann für ungültig zu erklären, wenn durch einen Wahlrechtsverstoß eine unrichtige Listennachfolge möglich ist, die nicht berichtigt werden kann. Es ist nicht erforderlich, dass diese Person ein Mandat erhalten hätte. Vielmehr reicht es nach bisherigem Recht aus, dass sie auf der Nachrückerliste eine Position weiter vorne einnimmt. Hat eine Partei zum Beispiel nur einen einzigen Sitz im Gemeinderat erhalten und betrifft die mögliche Verschiebung die letzten Listenplätze, so ist die Wahl derzeit für ungültig zu erklären, auch wenn es praktisch ausgeschlossen ist, dass die betroffene Person jemals in den Gemeinderat nachrücken wird. Der Gesetzentwurf sieht für die Ungültigkeitserklärung vor, sie entsprechend auf solche Fälle zu beschränken, in welchen sich die Verletzung der Wahlvorschriften unmittelbar auf die Mandatsverteilung auswirkt. So viel zu den wichtigsten Änderungen im Wahlrecht.

Zum Kommunalverfassungsrecht, das heißt zur Gemeindeordnung will ich nur eine Änderung ansprechen. Der Bayerische Landtag hat sich mit Beschluss vom 16. Juli 2013 dafür ausgesprochen, dass in Bürgerversammlungen künftig alle Gemeindeangehörigen Rederecht erhalten sollen. Dem kommen wir jetzt mit der entsprechenden Änderung in der Gemeindeordnung nach.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den vorgesehenen Gesetzesänderungen entwickeln wir das bayerische Kommunalwahlrecht und das Kommunalrecht in einigen wichtigen Punkten weiter. Damit tragen wir den Bedürfnissen von Praxis und Rechtsprechung Rechnung. Ich bitte Sie um Unterstützung in der anschließenden Beratung in den Ausschüssen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Das Wort erteile ich jetzt dem Kollegen Scheuenstuhl von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die einführenden kurzen Worte des Innenministers haben gezeigt,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass in diesem Gesetzentwurf anscheinend nicht viel Pfeffer ist. Dieser könnte aber darin sein. Der Gesetzentwurf zur Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes sowie der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung und der Bezirksordnung ist wieder ein Entwurf der verpassten Chancen. Die Staatsregierung bleibt erneut hinter den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und aller Ehrenamtlichen in der Kommunalpolitik zurück. Ich möchte auf einige schwere Mängel des Entwurfs eingehen.

Erstens, Freistellungsanspruch: Beamtinnen und Beamte des Freistaats Bayern und der bayerischen Kommunen, die zu Mitgliedern eines Gemeinderats, Kreistags oder Bezirkstags gewählt wurden, erhalten die zur Ausübung ihres Mandats notwendige Freistellung – sie bekommen frei. Hier wird der Staat seiner Vorbildfunktion hervorragend gerecht.

Arbeiter und Angestellte bei privaten Arbeitgebern sowie im öffentlichen Dienst haben einen solchen Freistellungsanspruch hingegen nicht. Dies haben wir bereits in der Vergangenheit mehrfach aufgezeigt und bemängelt. Es ist schon deprimierend, wenn ein Gemeinderat nicht zu einer Gemeinderatssitzung gehen darf, weil er keine Erlaubnis bekommt. Manchmal ist es schon demütigend für die Demokratie, wenn ein gewählter Mandatsträger betteln gehen muss, um die Erlaubnis zu bekommen, sein Recht wahrnehmen zu dürfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn viele Bürgerinnen und Bürger dann sagen: Nein, ein politisches Ehrenamt ist nichts für mich; das soll jemand anderes machen. Ich glaube, es ist für uns besonders wichtig, dass wir eine Vielfalt von Menschen, von Berufsgruppen in unseren Gremien haben. Deswegen sollten wir darauf schauen, dass wir das durchbringen. Das immer wieder vorgebrachte Argument, die Gemeinderäte könnten ihr

Recht missbrauchen, zeigt zu wenig Vertrauen in die Gemeinderäte und ihre Arbeit.

Zweitens, Informationsrecht: Es ist wichtig, dass ein allgemeines, umfängliches Informationsrecht eingeführt wird, und zwar nicht nur für Kreisräte, sondern auch für Bezirksräte und Gemeinderäte. Letztere dürfen zwar ein bisschen im Protokoll nachschauen, was gesagt wurde – wenn es denn aufgeschrieben wurde – und was beschlossen wurde – das steht meistens drin. Aber das reicht doch nicht. Was soll diese Geheimniskrämerei, liebe Kolleginnen und Kollegen? Was haben die Gemeinden und Bezirke zu verbergen? Sind Kreisräte bessere Menschen, bessere Demokraten, weil sie dieses Recht in Anspruch nehmen können? Dass sie es können, ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen ferner auch, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr Einsicht in Informationen und in Vorgänge der Gemeinde nehmen können. Die Entscheidungsprozesse müssen besser nachvollziehbar sein,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

sodass durch eine transparente Verwaltung auch mehr Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern entsteht. Ich glaube, es ist auch ein großes Stück Freiheit, die wir wagen sollten, dass sich Bürgerinnen und Bürger umfänglich informieren können. Das ist übrigens keine Frage der Technik mehr, sondern nur noch eine Frage des politischen Willens.

(Beifall bei der SPD)

Wir Parteien jammern immer, die jungen Menschen beteiligten sich zu wenig. Dann gibt es eine Enquete-Kommission im Landtag, die die Jugend befragen will, was sie denn haben möchte. Die jungen Menschen sagen: Wir möchten mitmachen; lasst uns mittun! Wir haben daraus geschlossen, dass man das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre heruntersetzen sollte, damit die Menschen aktiv mitmachen und Politik gestalten können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

So können sie bereits in jungen Jahren erlernen, wie sie sich in der Demokratie zu verhalten haben. Sie können Respekt und Anerkennung erfahren und Verantwortung übernehmen. Das wollen wir den jungen Menschen vormachen und zeigen. Das sollen sie dann auch üben.

(Beifall bei der SPD)

Doch nicht nur die jungen Menschen fehlen in diesem Vorschlag, in diesem Gesetzentwurf, sondern auch die Älteren. Mit 67 Jahren sei man zu alt, um Bürgermeister oder Landrat zu sein. Bundeskanzler kann man werden, vielleicht sogar amerikanischer Präsident. Aber in Bayern ist man zu alt. Das muss aufhören; diese Altersdiskriminierung kann so nicht bleiben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ferner darf ich auch Dank dafür aussprechen, dass es jetzt allen Bürgerinnen und Bürgern, die in einer Gemeinde oder Stadt leben, erlaubt wird, bei einer Bürgerversammlung zu sprechen. Das Wort Bürgerversammlung impliziert ja schon, dass die Leute mitreden wollen und mitreden dürfen – und ab und zu sogar einmal einen Antrag stellen dürfen. Deswegen sollte jeder Mensch, der in einer Gemeinde wohnt, dieses Recht haben. Ich bedanke mich, Herr Minister, sehr herzlich, dass dies aufgenommen wurde.

Wir stimmen den redaktionellen Änderungen, die schon genannt worden sind, zum größten Teil zu. Für mich ist das Gesetz ein wenig mittelmäßig. Man hätte schon mehr Akzente setzen können. Das fehlt ein wenig. Deswegen freue ich mich auf die Diskussion in den Ausschüssen, die hoffentlich genauso lebhaft sein wird wie mein Vortrag.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Wir können bestätigen, dass der Vortrag lebhaft war. – Als Nächster hat jetzt Kollege Lorenz von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Andreas Lorenz (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, werte Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die kommunale Ebene ist eigentlich für den Bürger die wichtigste politische Ebene. Von deren Entscheidungen wird er direkt betroffen. Es geht um konkrete Vorhaben, wie zum Beispiel um die örtliche Schule, um Kindergartenplätze und um den Ausbau von Straßen und den Bau von Wohnungen. Deshalb ist es bedauerlich, dass die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen deutlich geringer als bei Landtags- oder Bundestagswahlen ist.

Kommunalwahlen sind Persönlichkeitswahlen. Das bayerische Wahlrecht ist wirklich vorbildlich. Ich glaube, es könnte gar nicht bürgerfreundlicher sein. Hier hat der Bürger die Möglichkeit, Personen seines Ver-

trauens zu wählen, und zwar völlig unabhängig von der Partei. Man kann kumulieren; man kann quer durch die Parteien wählen, also panaschieren. Dieses sehr, sehr ausgeprägte und demokratische Wahlrecht macht das Ganze natürlich auch etwas kompliziert.

Ich darf dies am Beispiel von München erläutern. In München hat der Bürger die Möglichkeit, bis zu 80 Stimmen zu vergeben. Manchmal treten bis zu 20 Parteien an. Das heißt, im Extremfall stehen bis zu 1.600 Namen auf dem Stimmzettel. Von daher sind die Kommunalwahlen natürlich auch sehr, sehr fehleranfällig. Umso wichtiger ist es, dass klare und präzise Vorschriften gemacht werden und dass Kommunalwahlen korrekt und ordnungsgemäß abgehalten werden.

Ich begrüße ausdrücklich – wir haben das bei uns in der Fraktion auch sehr intensiv diskutiert –, dass die Hürden für eine Wahlwiederholung deutlich erhöht werden. Es ist einfach nicht einzusehen – nehmen wir wieder das Beispiel München –, dass, wenn in einem einzigen von etwa 1.000 Wahllokalen ein geringfügiger Fehler passiert, alle anderen Bürger dieser Stadt, die in den anderen 999 Wahllokalen abgestimmt haben, noch einmal zum Wahllokal gehen müssen. Dem vielfach gebrachten Einwand, dass das Wahlverhalten dadurch verzerrt werden würde, dass jemand das Wahlergebnis schon kennt, halte ich entgegen: Der größte Unterschied zwischen einer Neuwahl und der bisherigen Wahl

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ergibt sich durch neue politische Situationen, die ein unterschiedliches Stimmverhalten begründen können. Jede Wette: Wenn in einer Gemeinde, in einer Stadt eine neue Wahl durchgeführt wird, werden auch ganz andere Personen als bei der letzten Wahl gewählt. Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, dass die Notwendigkeit der Durchführung einer Wiederwahl auf das wirklich absolute Minimum reduziert wird. Die getroffenen Regelungen, insbesondere die rechtlichen Grundlagen, was Nachrücker angeht, sind äußerst zu begrüßen.

Es gab den lange gehegten Wunsch, alle Bürger auf der Bürgerversammlung reden zu lassen. – Das ist nach wie vor eine Bürgerversammlung, wie der Name auch sagt. Jetzt können alle, die dort wohnen, auch reden. Das ist gut und richtig. Das haben wir auch zugesagt. Versprechen und Zusagen werden gehalten und umgesetzt, wie unser Ministerpräsident so schön sagt.

Herr Scheuenstuhl, Sie haben eine Auflistung von diversen Einzelforderungen, um nicht zu sagen, von ollen Kamellen gebracht, die Sie im Laufe der Jahre

immer wieder vortragen. Das können Sie natürlich gerne machen. Wir können die einzelnen Forderungen in den Ausschüssen auch gerne noch einmal durchgehen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Genau!)

Das Wahlrecht mit 16 werden wir natürlich ablehnen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass Volljährigkeit und Wahlalter untrennbar zusammengehören. Rechte und Pflichten müssen einfach in einem Gleichklang sein. Deswegen gibt es mit uns das Wahlrecht mit 16 nicht. Ich glaube, unsere Position wird sich da auch nicht ändern. Ansonsten werden wir über die Dinge, die Sie angesprochen haben, reden.

Ich glaube, dass das ein guter und ausgewogener Vorschlag ist, der vor allem auch die technische Lösung einiger Probleme darstellt, was den politischen Willen bei der Einwohnerversammlung betrifft. Über die anderen Punkte wie zum Beispiel die Wahlaltersgrenze von 67 Jahren können wir gerne diskutieren. Ich halte das nicht für sinnvoll. Über das Thema Freistellungsanspruch haben wir schon ausführlich debattiert. – Machen wir es eben noch einmal. Ich glaube, hierfür besteht möglicherweise eine Gelegenheit. Nachdem aber die Themen schon abschließend beraten sind, besteht jetzt wahrscheinlich kein Anlass, alles noch einmal aufzurollen.

Ich glaube, dass der Gesetzentwurf ein zustimmungsfähiger und auch sehr guter Vorschlag ist, und ich bitte, ihn auch anzunehmen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Kollege Hanisch von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stimme meinem Vorredner zu, was die Bedeutung der Kommunen betrifft, wobei wir uns ab und zu wünschen würden, dass darauf mehr Rücksicht genommen wird. Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass wir in den Kommunen, in der Kommunalverwaltung, in unseren Gemeinderäten, Markträten und Stadträten die besten Leute wollen. Wenn ich die besten Leute will, brauche ich den Freistellungsanspruch, brauche aber das Höchstalter für den Bürgermeister in dieser Form nicht.

Herr Lorenz, Sie sagen: alte Kamellen. Ich gebe Ihnen recht. Sie sind aber nach wie vor aktuell. Wenn ich heute einen guten Mann aus der Wirtschaft für meine Liste gewinnen will, muss ich ihm auch sagen

können, dass er zu einer Sitzung, die nachmittags stattfindet, hingehen kann, dass er eine Entschädigung erhält und dass der Betrieb ihn letztlich freistellen muss, so wie das beim Staat seit vielen Jahrzehnten gang und gäbe ist. Diesbezüglich haben wir mit unseren kommunalen Wahlgesetzen Vorbildcharakter gehabt; sie wurden von vielen anderen Bundesländern übernommen. Warum sich die Regierungsfraktion so dagegen wendet, kann ich nicht verstehen. Dadurch wird die Situation nicht besser.

Die Gesetzesänderung enthält ein paar gute Vorschläge. Mit der Regelung zum Ausschussvorsitz habe ich hingegen ein wenig Probleme. Wir haben bisher sehr sauber geregelt: Der Bürgermeister ist derjenige, der die Ausschusssitzungen leitet; der Landrat leitet den Kreisausschuss oder welchen Ausschuss des Landkreises auch immer. Er ist der Vorsitzende. Wenn der Bürgermeister verhindert ist, tritt nach der bisherigen gesetzlichen Regelung der Zweite Bürgermeister in diese Funktion ein. Durch dieses Gesetz wird jetzt der Zweite Bürgermeister quasi entmachtet. Der Bürgermeister kann in Zukunft ein Mitglied des Gemeinderates oder ein Mitglied des Ausschusses bestimmen, das dann den Vorsitz übernimmt. Es mag ein paar Gründe geben, die dafür sprechen – die Masse der Gründe spricht meiner Meinung nach und unserer Meinung nach dagegen. Wir sollten hierüber noch einmal ernsthaft diskutieren. Das verstehe ich nicht. In einer Gemeinde haben wir neben dem Ersten Bürgermeister nämlich mindestens den Zweiten, in der Regel auch noch einen Dritten Bürgermeister; auf Landkreisebene haben wir in der Regel noch mehr Stellvertreter. Wir haben somit prädestinierte Leute, die diese Aufgabe übernehmen können und in der Vergangenheit auch übernommen haben. Daran muss man nichts ändern.

Wenn bei einer Wahl weniger als 50 Leute die Möglichkeit der Briefwahl wahrnehmen, sind dies für uns selbstverständlich zu wenige Personen, da man Rückschlüsse ziehen kann, wer letztlich wie gewählt hat. Es ist eine Selbstverständlichkeit, eine solche Briefwahl mit einer Urnenwahl oder einer anderen Briefwahl zusammenzulegen. Eine alte und jetzt endlich berücksichtigte Kamelle, Herr Lorenz, ist, dass die Listenverbindungen keinen Sinn mehr ergeben. Seit der Freistaat Bayern das d'Hondt'sche Verfahren abgeschafft hat, benötigt man keine Listenverbindungen mehr. Das Hare-Niemeyer-Verfahren regelt das relativ sauber. Es ergibt Sinn, als Konsequenz die Listenverbindungen abzuschaffen. Das ist in diesem Gesetz auch vorgesehen. Dem werden wir sicherlich zustimmen.

Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, in der Bürgerversammlung auch denjenigen reden zu lassen,

der zwar nicht Gemeindebürger und in dieser Kommune wahlberechtigt ist, aber sich seit zehn Jahren in der Kommune aufhält. Auch Integration spielt sicherlich eine ganz gewichtige Rolle. Demjenigen ein Rederecht einzuräumen, ist für mich eine Selbstverständlichkeit und ist jetzt hier geregelt. Das wollten wir schon seit vielen Jahren.

Wir haben darüber hinaus den Kreis derer, die zum Wahlleiter berufen werden können, erweitert. Das halte ich auch für sinnvoll. Warum sollte zum Beispiel ein ehemaliger Bürgermeister, der zwanzig Mal Wahlleiter war, nicht erneut zum Wahlleiter bestellt werden können? Das haben wir jetzt im Gesetz. Das ist ein vernünftiger Vorschlag.

Bei der Briefwahl gab es in der Vergangenheit auch ab und zu mal Problemchen, wenn zum Beispiel jemand, der 14 Tage vor der Wahl eine Briefwahl gemacht hat, in der Zeit bis zum Wahltag verstorben ist. Die Briefwahlunterlagen dieser Person mussten dann mühsam herausgesucht und durften nicht gewertet werden. Meine Damen und Herren, von der Logik her gibt das zwar Sinn, aber in der Praxis spielt das sicherlich keine Rolle. Von daher ist der Vorschlag, der jetzt im Gesetz steht, wonach diese Stimmen zu werten sind und nicht geprüft werden soll, ob eine Person verstorben ist, sicherlich sehr sinnvoll. Das ist eine gute Regelung.

Ich freue mich auf die Diskussion in den Ausschüssen. Vielleicht können wir die Frage des Ausschussvorsitzes noch anders regeln. Ansonsten können wir dem Gesetzentwurf aber durchaus zustimmen. Schauen wir mal, was bei den Diskussionen noch herauskommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Mistol vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Auf der kommunalen Ebene werden die wirklich wichtigen Entscheidungen getroffen, das möchte ich hier vorausschicken. Insofern ist es gut und richtig, sich beizeiten mit den Erfahrungen der Kommunalwahl 2014 zu beschäftigen und die richtigen Schlüsse daraus für das Jahr 2020 zu ziehen. Wir müssen hier für Klarheit sorgen. Die wesentlichen Punkte wurden dem Innenausschuss bereits im Frühjahr in Form eines Erfahrungsberichts vorgestellt. Viele dieser Punkte finden sich jetzt in diesem Gesetz. Vieles ist sinnvoll und notwendig, über manches lässt sich diskutieren. Manche Punkte wurden auch gar nicht berücksichtigt.

Unumstritten ist sicherlich die Abschaffung von Listenverbindungen, ein Relikt des Kommunalwahlrechts, das ursprünglich als Schutzregelung für kleine Wahlvorschlagsträger gedacht war. Bei der letzten Kommunalwahl haben diese Listenverbindungen doch ihren Sinn verloren, weil die Sitzverteilung nach dem Verfahren Hare-Niemeyer erfolgt ist. Zu begrüßen sind auch die Regelungen in Artikel 19 des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes zur Verfahrensweise bei weniger als 50 Abstimmenden bei der Urnenwahl in einem Stimmbezirk sowie die Neuregelung zur Gültigkeit der Briefwahl bei Verlust der Wahlberechtigung. Wir GRÜNEN sehen allerdings noch Diskussionsbedarf bezüglich der Abschaffung der Wählbarkeitshindernisse von amtierenden Bürgermeistern und Landräten. Hier stellt sich die Frage, ob diese Regelung tatsächlich zur Stärkung des passiven Wahlrechts beiträgt, indem die Wählerinnen und Wähler über die Ernsthaftigkeit einer Kandidatur selbst entscheiden, oder ob mit dieser Regelung nur Scheinkandidaturen legitimiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Obwohl im Erfahrungsbericht zur Kommunalwahl ausdrücklich vorgeschlagen, findet die Abschaffung der Möglichkeit der Verdoppelung der Bewerberzahlen in Gemeinden bis zu 3.000 Einwohnern keine Berücksichtigung. Auch hier besteht aus unserer Sicht Nachbesserungsbedarf. Von der Initiative bleiben ebenso Probleme bei der Durchführung von Aufstellungsversammlungen für die Wahllisten unangetastet. Hier kommt es immer wieder zu Unklarheiten, was die Wahlberechtigung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer betrifft. Wir brauchen hier eindeutige Regelungen für eine wirksame Einberufung, um spätere Wahlanfechtungen zu vermeiden.

Wir GRÜNEN sehen es positiv, dass Sie das Rede-recht in der Bürgerversammlung gemäß Artikel 18 der Gemeindeordnung erweitern. Künftig sollen nicht nur die Gemeindebürger und -bürgerinnen, sondern alle Gemeindeangehörigen ohne einen vorherigen Beschluss der Bürgerversammlung vom Rederecht und dem diesem gleichzusetzenden Antragsrecht Gebrauch machen können, um ihre Anliegen vorzubringen. Dennoch wird auch weiterhin Nicht-EU-Ausländern sowie Kindern und Jugendlichen ein Stimmrecht in der Bürgerversammlung verwehrt. Das könnten wir wesentlich besser machen. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf die Bayerische Verfassung. Dort ist in vielen Sätzen von "jedem Bewohner Bayerns" die Rede, zum Beispiel habe "jeder Bewohner Bayerns" das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden an den Landtag zu wenden. Hier wird nicht nach der Nationalität unterschieden. Jeder, der

hier wohnt, hat dieses Recht. Das würde ich mir auch für dieses Gesetz wünschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN sind schon zu Beginn dieser Legislaturperiode mit unseren Vorschlägen einen Schritt weiter gegangen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, dass Änderungen zum Bezirkswahlgesetz in diesem Gesetzentwurf gänzlich fehlen. Bei unserer noch nicht allzu lange zurückliegenden Diskussion über das passive und das aktive Wahlrecht für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger bei der Bezirkswahl war ich optimistisch, dass Sie sich auch in dieser Richtung ein bisschen bewegen würden. Das ist leider ausgeblieben. Wir werden uns damit noch beschäftigen müssen.

Kolleginnen und Kollegen, in der Kürze der Zeit ist es mir nicht möglich, auf alle Punkte dieses umfassenden Gesetzeswerkes einzugehen. Zum Beispiel kann ich mich nicht mehr zur Nachwahl, zu Gerechtigkeitslücken bei Freistellungsansprüchen oder zum Wahlalter äußern. Umso mehr freue ich mich auf eine vertiefte Diskussion in den Ausschüssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Haushaltsberatungen. Dazu möchte ich Ihnen vorweg Informationen und Hinweise zum Ablauf der Plenarwoche geben. An den Plenartagen werden alle Einzelpläne sowie das Finanzausgleichsänderungsgesetz und das Haushaltsgesetz in Zweiter und gegebenenfalls auch in Dritter Lesung beraten. Parlamentarischer Tradition entsprechend, findet die politische Grundsatzdebatte wie bisher beim Einzelplan 02 des Ministerpräsidenten und die finanzpolitische Schwerpunktdebatte am Ende beim Haushalts- und Finanzausgleichsänderungsgesetz statt. Hinsichtlich des Zeitpunkts der Beratung der jeweiligen Einzelpläne und der dazu festgelegten Fraktionsredezeiten verweise ich auf die vorliegende Tagesordnung.

Heute werden wir zunächst über die Einzelpläne 01 und 11, zu denen keine Aussprache stattfindet, abstimmen. Dann werden wir über den Einzelplan 02 des Herrn Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei beraten. Morgen Vormittag wird die Beratung der Ein-

zelpläne 03 A und 03 B sowie 04 und nach der Mittagspause die Beratung der Einzelpläne 05/15, 07, 08 und 12 stattfinden. Am Donnerstag beginnt das Plenum mit der Beratung des Einzelplans 06 und des Einzelplans 10. Nach der Mittagspause findet die Beratung über den Einzelplan 14 statt. Die Haushaltsberatungen werden anschließend mit der Beratung des Einzelplans 13 zusammen mit den Zweiten Lesungen zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017 und zum Haushaltsgesetz 2017/2018 abgeschlossen. Die Beratungen werden auch am Donnerstag bis mindestens 18.00 Uhr andauern. – Wir beginnen nun mit den Haushaltsberatungen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Haushaltsplan 2017/2018
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u. a. (CSU)
Haushaltsplan 2017/2018
hier: Stellenplan für den Landesbeauftragten für den Datenschutz (Kap. 01 04) (Drs. 17/13261)

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf des Haushaltsplans 2017/2018 für den Einzelplan 01 und der Änderungsantrag auf Drucksache 17/13261 zugrunde. Der Einzelplan 01 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit der in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14634 genannten Änderung zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 01 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gegenstimmen? – Herr Kollege, wollen Sie dagegen stimmen, oder nehmen Sie Platz? – Gut. Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist der Einzelplan 01 angenommen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderung erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen

der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Mit der Annahme des Einzelplans 01 hat der Änderungsantrag auf Drucksache 17/13261 seine Erledigung gefunden. Die Beratung des Einzelplans 01 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Haushaltsplan 2017/2018
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

Hierzu findet ebenfalls keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb wiederum sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018 für den Einzelplan 11 zugrunde. Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 11 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist es so beschlossen. Die Beratung des Einzelplans 11 ist damit abgeschlossen.

Nun rufe ich den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Haushaltsplan 2017/2018
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drs. 17/13242)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13194 und 17/13195)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drs. 17/13297)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 44 Minuten, auf die SPD-Fraktion 34 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 44 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst Herr Ministerpräsident Horst Seehofer. Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Begleiter ist heute die Bayerische Verfassung, nicht die Ansammlung aller Zahlen aus einem Haushalt, sondern das Messen dieses Haushalts an dem Hauptauftrag, den uns die Bayerische Verfassung gibt, deren 70. Geburtstag wir in diesem Jahr begehen. Heribert Prantl hat vor Kurzem in der "Süddeutschen Zeitung" wörtlich eine Liebeserklärung an die Bayerische Verfassung geschrieben. Dieser schließe ich mich gerne an. Ich will zu Beginn dieser Debatte über unseren Doppelhaushalt 2017/2018 deutlich zum Ausdruck bringen, wir verdanken dieser Verfassung, dieser Bayerischen Verfassung, seit 70 Jahren, dass wir die stabilste Demokratie haben, die es jemals auf bayerischem Boden gab. Darauf dürfen wir stolz und dafür dürfen wir dankbar sein.

(Beifall bei der CSU, der SPD, den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

In dieser Verfassung finden sich viele Programmsätze, die vor 70 Jahren genauso richtig waren wie heute. Man kann diejenigen, die die Verfassung geschaffen haben, bewundern, dass sie angesichts des größten Trümmerfeldes aller Zeiten eine solche Weitsicht bewiesen haben. Ich beschränke mich auf einen Artikel, der aus meiner Sicht ein zentraler Auftrag für unser ganzes politisches Tun auch heute ist. Dieser Artikel ist heute genauso wichtig wie vor 70 Jahren, im Jahr 1946. Ich zitiere:

Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und

der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.

Ich finde, das ist ein sehr kluger Satz. Man müsste ihn da und dort in die heutige Sprache übersetzen. Aber es ist klar, was damit gemeint ist. Er ist eine Richtschnur für das politische Handeln. Ich füge hinzu: Er ist auch eine Richtlinie für die Politik meiner Staatsregierung. Messen wir also diesen großen Verfassungsauftrag an der Verfassungswirklichkeit, das heißt: Welche Wirkung entfalten diese Zahlen, die wir jetzt drei Tage lang diskutieren werden, von der Investitionsquote bis zur Personalquote? Wie steht es um unser Land, um diesen Auftrag der Bayerischen Verfassung? – Bayern ist auch nach dem achten Jahr von Horst Seehofer ein Hort der Stabilität, des Wohlstandes und der sozialen Sicherheit. Wir haben die höchste Erwerbsquote und die niedrigste Arbeitslosigkeit aller Bundesländer. Die Jugendarbeitslosigkeit ist besiegt. Wir haben die höchsten verfügbaren Einkommen aller Flächenländer, und nirgendwo in Deutschland sind weniger Menschen auf staatliche Hilfe angewiesen als im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage: Verfassungsauftrag erfüllt. Was besonders bemerkenswert ist: Diese Bilanz gilt nicht nur für besonders prosperierende Regionen in Bayern, sondern sie gilt für ganz Bayern. Wir haben zum ersten Mal in allen Regierungsbezirken eine Arbeitslosigkeit unter 4 %. Man kann im Grunde von Vollbeschäftigung reden. Die Spannbreite zwischen den Regierungsbezirken bei der Arbeitslosigkeit ist mittlerweile um rund zwei Drittel gesunken. Der Unterschied zwischen manchen Regierungsbezirken an der ehemaligen Zonengrenze und dem übrigen Bayern liegt jetzt bei etwa einem Prozentpunkt. Das heißt, diese Regierung und die Mehrheitsfraktion haben mit dem großen Anspruch gleichwertiger Lebenschancen in allen Regionen Bayerns ernst gemacht. Das ist die zweite Bilanz.

(Beifall bei der CSU)

Nun weiß man, wenn man lange in der Politik ist: Der Erfolg ist schön für die Menschen und für das Land; aber er ist gleichzeitig die größte politische Gefahr. Man neigt als Mensch dazu, ein Stück selbstzufrieden zu werden und bequem zu werden, wenn die Daten stimmen, wenn es dem Land gut geht, wenn das Land blüht. Deshalb ist für mich der noch wichtigere Teil neben dem aktuellen Befund über den Freistaat Bayern die Frage, wie wir für dieses Land in die Zukunft gehen. Dieser Doppelhaushalt 2017/2018 ist ein Zukunftsatlas für Bayern, der uns in eine gute Zukunft führen wird, der die Menschen im Freistaat Bayern in eine gute Zukunft führen wird. Ich möchte dies an fünf

Punkten festmachen, die Sie in diesem Haushalt wiederfinden. Für diese Punkte müssen wir aber auch als Freistaat Bayern in Berlin und in Brüssel eintreten, damit sie im Interesse Bayerns umgesetzt werden.

Erstens werden Stabilität und Sicherheit in einem Land wirtschaftspolitisch zum wichtigsten Standortfaktor. Deshalb wird sich die Staatsregierung auch in Zukunft davon leiten lassen. Viele Daten untermauern, dass wir die Stabilität Bayerns weiter erhalten. Das gilt auch in Zeiten von Globalisierung, Globalisierungstendenzen und Zuwanderung. Die Bayerische Staatsregierung vertritt weiterhin die Auffassung, dass Stabilität, Humanität und Integration bei uns im Lande nur gelingen können, wenn wir dem Rechtsstaat bei der Zuwanderung wieder zum Durchbruch verhelfen. Dafür ist eine Begrenzung der Zuwanderung erforderlich.

(Beifall bei der CSU)

Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist die Sicherheit ein ganz wichtiger Standortfaktor. Selbstverständlich ist Sicherheit auch ein Urbedürfnis der Bevölkerung. Deshalb wird die Bayerische Staatsregierung alles Menschenmögliche tun, um die Sicherheit unserer Bevölkerung zu gewährleisten. Zwar kann niemand absolute Sicherheit versprechen, aber wir versprechen, das Menschenmögliche für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu tun. Dazu zählt eine Verbesserung der Ausstattung der Sicherheitsbehörden, und zwar in der Zahl und in der Qualität. Das gilt auch für die Sachausstattung. Außerdem sind weitere rechtliche Grundlagen erforderlich.

Im Antiquarium der Residenz steht eine schöne Inschrift: Geduld ist die wichtigste Tugend, um die Widrigkeiten des Alltags zu überwinden. An diesen Satz fühle ich mich oft erinnert, wenn es um die Durchsetzung der Positionen der Bayerischen Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion in Berlin geht. Wir bekommen beinahe ausnahmslos recht. Alles, was wir den Bürgerinnen und Bürgern im Jahr 2013 versprochen haben, haben wir realisiert. Die Aussagen, die wir vor eineinhalb Jahren zur Zuwanderung gemacht haben, werden Stück für Stück Realität. Manchmal muss man nur besonders lange warten. Der Innenminister und ich haben von der Bundesregierung immer wieder gefordert, dass die bayerische Polizei bei den Grenzkontrollen mithelfen darf, die nicht nur für die Steuerung der Zuwanderung erforderlich sind. Ein Drittel der Menschen wird übrigens an der Grenze zurückgewiesen. Die Grenzkontrolle ist auch notwendig, um die Kriminalität zu bekämpfen. Die Bundesregierung hat gesagt: Das ist nicht möglich, das ist problematisch. Jetzt, zum Ende des Jahres 2016, bittet uns die Bundesregierung, bayerische Polizeibeamte zum Schutz

der Bevölkerung an den bayerischen Grenzen einzusetzen.

(Beifall bei der CSU)

Manches dauert lange. Ich will gar nicht alle Beispiele aufführen. Aber früher oder später übernimmt Berlin unsere Positionen. Das ist der erste Auftrag, den wir in den nächsten Monaten angehen werden: die Verstärkung der Stabilität und der Sicherheit unseres Landes.

Ich komme zum zweiten Punkt. Meine Damen und Herren, ich habe oft gesagt, dass es in diesem Lande gerecht zugehen muss. Das ist nach Artikel 151 der Bayerischen Verfassung auch unser Auftrag. Diese Medaille hat jedoch zwei Seiten. Wir müssen Schwachen, Behinderten, Benachteiligten und Zugewanderten helfen, wo immer wir können. Ich bin sehr froh darüber, dass Bayern entscheidend am Bundesteilhabegesetz in Berlin mitgewirkt hat, um die alte Fürsorgeleistung für Behinderte durch eine echte Teilhabe an unserem gesellschaftlichen Leben, die den Namen verdient, abzulösen. Das ist übrigens die größte Sozialreform in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD):
Wir kennen die verantwortliche Ministerin!)

– Herr Halbleib, Sie haben immer einen Tunnelblick. Die Bevölkerung interessiert es nicht, wer für was Minister ist.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD):
Wo ist Ihr Problem, Herr Ministerpräsident?)

– Sie heben immer den Zeigefinger und sagen: Wir waren es und ihr nicht. Damit fördern Sie genau die Kräfte, die Sie eigentlich nicht fördern wollen.

(Beifall bei der CSU)

Kann man sich vor einem Parlament nicht einmal darüber freuen, dass eine Große Koalition zum Ende dieser Legislaturperiode eine der größten Sozialreformen in der bundesdeutschen Geschichte durchbringt?

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD):
Das habe ich doch gemacht!)

Wir haben diese Sozialreform in der Form beschlossen, wie wir das für Bayern wollten. Ich habe nicht mehr über die letzten 124 Millionen Euro verhandelt. Wir haben gesagt: Die Länder tragen die Hälfte, und der Bund trägt die Hälfte. Damit war die Reform durch.

Trotz der vielen unterschiedlichen Ansichten zur Rente haben wir eine Entscheidung getroffen: Die Erwerbsunfähigkeitsrente wird noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet. Das betrifft Frauen und Männer, die weit vor Erreichen der Altersgrenze erwerbsunfähig werden. Sie sind gesundheitlich derart beeinträchtigt, dass sie keinen Beruf mehr ausüben können. Das ist verbessert worden. Allerdings ist es ein weiterer Fortschritt, dass wir uns noch einmal für eine deutliche Verbesserung bei der Erwerbsunfähigkeitsrente eingesetzt haben. Dieser Beitrag zeigt, dass wir miteinander – das sage ich an die Adresse der Sozialdemokraten – auch für Bayern eine gute Entscheidung getroffen haben.

(Beifall bei der CSU)

– Jetzt dachte ich schon, die GRÜNEN spenden Beifall, dabei war es der linke Flügel des Kabinetts.

(Allgemeine Heiterkeit – Markus Rinderspacher (SPD): Den müssen Sie uns vorstellen! Herr Ministerpräsident, die wollen wir näher kennenlernen!)

– Mehr möchte ich heute nicht sagen. Ich möchte ein ruhiges Weihnachtsfest.

Obwohl es uns besondere Schwierigkeiten gebracht hat, nenne ich das Betreuungsgeld. Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt, der Bund habe keine Gesetzgebungskompetenz. Der Freistaat Bayern hat den Menschen im Wahlkampf im Jahr 2013 das Betreuungsgeld versprochen. Jetzt haben wir das Betreuungsgeld im Rahmen einer bayerischen Lösung umgesetzt. Wir können darüber so viel diskutieren, wie wir wollen, aber für die Lebenspraxis gibt es keinen Ersatz. Die Praxis zeigt, dass 100.000 junge Familien das Betreuungsgeld in Anspruch genommen haben. 70 % der jungen Familien haben sich frei für unser Betreuungsgeld entschieden.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen auch an die Leistungsträger unserer Gesellschaft denken. Das gehört zur sozialen Gerechtigkeit. Deshalb tritt die Bayerische Staatsregierung in einer Zeit mit den höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten dafür ein, einen Teil dieser zusätzlichen Steuereinnahmen an die Leistungsträger, die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen, zurückzugeben. Das Volumen beträgt 15 Milliarden Euro. Meine Damen und Herren, außerdem sind wir 25 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands der Auffassung, dass der Solidaritätszuschlag schlichtweg abzuschaffen ist. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der CSU)

Mit der Umsetzung dieser beiden Punkte erreichen wir die größte Steuerentlastung, die es jemals in der Bundesrepublik Deutschland gab. Das sind 15 Milliarden Euro jährlich aus der Einkommensteuer und 18 Milliarden Euro aus dem Solidaritätszuschlag im Jahr 2020. Davon profitieren insbesondere diejenigen mit mittleren und kleinen Einkommen. Ich füge hinzu, die Bayerische Staatsregierung wird auch mit Nachdruck dafür eintreten – die Verbündeten werden jede Woche mehr –, dass ein Steuerrecht gestaltet wird, mit dem die Eigentumsbildung insbesondere für Familien in Deutschland wieder möglich wird. Wir brauchen wieder mehr Eigentumsbildung auch der mittleren und kleinen Einkommen und insbesondere der Familien mit Kindern. Deshalb wollen wir für diese Familien ein Baukindergeld einführen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist soziale Gerechtigkeit. Auf der einen Seite gibt es die gezielte Hilfe für Menschen, die dieser Hilfe bedürfen. Diese würden nichts lieber tun, als sich selbst zu helfen. Aber sie können sich nicht selbst helfen. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die durch ihre Arbeit unser Sozialprodukt erwirtschaften. Das sind der Mittelstand, die Bauern, die Freiberufler, die Handwerker und die Arbeiter von Audi und BMW. Diese müssen wir motivieren, und wir müssen ihnen zeigen, dass ihre Leistung honoriert wird. Darum müssen wir die Steuerlast für diese Menschen reduzieren.

Der dritte Punkt ist die Bildung. Ich kann nicht oft genug sagen, dass die Bildung das Tor zum Leben ist. Sie ist übrigens auch ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. In diesem Bereich ist der Haushalt kaum noch steigerungsfähig. Das werden wir morgen noch hören. Eine noch mögliche Steigerung wäre nur, wenn wir zukünftig jeden Euro unseres Haushalts für die Bildung ausgeben würden. Das ist aber wohl nicht möglich. Wir geben im Freistaat Bayern jeden dritten Euro für Bildung und Wissenschaft aus. Deshalb gelingt bei uns die Integration. Deshalb sind wir in jedem Bildungsranking, wenn nicht auf dem ersten Platz, dann immer ganz vorne mit dabei. Das ist die Frucht unserer Bildungspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Bei uns wird jeder dritte Euro für Bildung und Wissenschaft ausgegeben. Sie müssen wissen, dass wir jeden vierten Euro an unsere Kommunen geben, im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs und bei der Unterstützung der Kommunen an anderer Stelle. Sie müssen wissen, dass wir im Finanzausgleich über 6 Milliarden Euro an andere Länder bezahlen. Daran können Sie die Finanzkraft Bayerns erkennen. Der Artikel 151 der Bayerischen Verfassung ist für uns ein

Auftrag. Die Bayerische Verfassung definiert die Wirtschaftskraft sozusagen als die Quelle für Wohlstand und soziale Sicherheit. Das ist nur möglich, weil wir wirtschaftlich so kräftig sind. Jeder dritte Euro wird für Bildung ausgegeben.

Eines möchte ich beim Thema Bildung noch ergänzen; dies wird uns im neuen Jahr beschäftigen. Es geht um das Thema Gymnasium. Auch dafür bietet die Bayerische Verfassung einen wunderbaren Text. Bildung bedeutet natürlich die Vermittlung von Wissen. Die Schule soll und muss aber auch Herz und Charakter bilden. Das steht in Artikel 131 der Verfassung. Ich finde, das ist ein fantastischer Satz. Wenn man diesen Satz ernst nimmt, dann muss man die bayerische Bildungspolitik verfolgen. Die jungen Menschen darf man nicht alle gleich behandeln wie mit einer Heckenschere. Die jungen Menschen muss man mit den Fähigkeiten, die sie mitbringen, erreichen. Man darf ihnen nicht nur Wissen einpflanzen, sondern man muss auch das Herz und den Charakter bilden. Das ist nur mit einem vielfältigen, einem gegliederten und einem durchlässigen Schulsystem möglich.

(Beifall bei der CSU)

Der genannte dritte Punkt steht im Zusammenhang mit meinem vierten Punkt. Meine lieben Abgeordneten, ich muss sehr häufig in Berlin sein. Es gibt dort ständig Versuche, auch in der letzten Woche, Zuständigkeiten zu zentralisieren. Diese Versuche basieren auf einem Irrglauben, dem unsere Verfassungsväter nicht unterlegen sind. Diese haben die Sache genau umgekehrt gesehen: Je mehr Zentralismus es gibt, desto größere negative Entwicklungen gibt es für das Land. Deshalb möchte ich die heutige Haushaltsdebatte nutzen, um Sie zu ermuntern, dass wir den Föderalismus stärken und dem Zentralismus die Stirn bieten. Dies sollten wir bei den vielen Unterschieden, die zwischen den Parteien auch sein müssen, nicht aus den Augen verlieren.

(Beifall bei der CSU)

Der Zentralismus war für unser Land noch nie ein Segen. Die Vielfalt, die man innerhalb Europas will: Wir wollen sie jedenfalls. Das steht auch in unserer Bayerischen Verfassung. Die Vielfalt, die die geistige Grundlage für das föderale Prinzip der Bundesrepublik Deutschland war, hat dieses Land am stärksten nach vorne gebracht. Es ist schön, von Ministerpräsidenten mit derselben Meinung umgeben zu sein und in dieser Frage kein Einzelkämpfer mehr zu sein. Diese Ministerpräsidenten sagen: Lasst uns den Föderalismus gegen all diese Angriffe, die beinahe wöchentlich in Berlin erfolgen, verteidigen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Autobahnen!)

– Ja, Herr Aiwanger, wissen Sie, wir führen extra eine Debatte über die Qualität dieses Verfassungsartikels. Ich möchte jetzt, dass das verabschiedet wird. Anschließend nenne ich Ihnen die Hintergründe, dann werden Sie den Zwischenruf wahrscheinlich zurückziehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Oh, da sind wir gespannt! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schauen wir mal!)

Prüfen Sie einmal, was sich bei den Autobahnen tatsächlich ändert und was auf bayerischen Vorschlag hin beschlossen worden ist zur Standortgarantie, zur Personalgarantie und zur Übernahmegarantie für das Personal. Schauen Sie sich das alles an. Das kann ich sehr, sehr gut gegenüber diesem Parlament und gegenüber den Beschäftigten vertreten. Wenn es anders wäre, hätte ich niemals zugestimmt. Darauf können Sie sich verlassen. Das ist kein Zentralismus.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hoffen wir es! – Beifall bei der CSU)

Jetzt kann uns der Bund, wenn er will, Geld überweisen, auch für die Bildung. Wir nehmen das Geld auch an. Aber eines machen wir nicht: Wir werden dem Bund nicht mit dem goldenen Zügel Verantwortlichkeiten übertragen, nur weil er uns Geld gibt. Das machen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Bei diesem Thema bitte ich Sie alle inständig, auch diejenigen von der Opposition, dass wir uns in den nächsten Jahren in diesem Punkt einig sind. Die Ziehkraft, mehr Zuständigkeiten nach Berlin und nach Brüssel zu transferieren, sind unheimlich stark. Wir müssen auch in der Zukunft ein Bollwerk für den Föderalismus sein. Wie wichtig dies war, hat die Lösung beim Bund-Länder-Finanzausgleich gezeigt. Am Donnerstag wurden nach 14 Stunden die Formulierungen festgelegt. Das Grundgesetz wurde noch nicht geändert. Man glaubt gar nicht, wie viel Zeit erforderlich ist, um wenige Sätze zu formulieren. Der Deutsche Bundestag muss diese jetzt beschließen und anschließend der Bundesrat. Aber wenn 16 Ministerpräsidenten und die Bundesregierung einer Meinung sind, darf man annehmen, dass es auch so kommt. Ich erinnere an unsere Debatte im Oktober. Am Donnerstag ist alles so gekommen, wie wir es am 14. Oktober vereinbart hatten. Es ist so gekommen, wie es bayerischen Interessen dient. Jeder einzelne Punkt, den wir am 14. Oktober vereinbart hatten, ist so gekommen. Ein Erfolg ist, dass Bayern als starkes Land zu-

künftig 1,3 Milliarden Euro weniger in den Länderfinanzausgleich zahlt. Der größere Erfolg ist die Deckelung des Länderfinanzausgleichs. Folglich bleibt zukünftig das, was unsere Wirtschaft und unsere Arbeitnehmer erarbeiten, in Bayern. Das ist der größte Erfolg.

(Beifall bei der CSU)

Der fünfte Punkt, auf den es mir ankommt, ist das Festhalten an der Koalition mit den Bürgern. Heute ist gute Politik ohne die ernsthafte Beteiligung der Bürger in unterschiedlichster Form nicht mehr möglich.

(Florian von Brunn (SPD): Ernsthaft!)

– Sie muss ernsthaft betrieben werden. Man muss zuhören. Man muss über das, was man hört, nachdenken. Man muss das Wesen der Politik erfüllen, nämlich einen Interessenausgleich herbeiführen, da nicht alle Menschen gleich denken. Danach muss man entscheiden. Das tun wir in sehr engem Kontakt mit der Bevölkerung. Sie ist heute unser wichtigster Koalitionspartner. Die Bevölkerung überzeugt man nicht, indem man von oben herab mit erhobenem Zeigefinger Belehrungen und Bevormundungen von sich gibt. Man überzeugt die Bevölkerung nur, wenn man sie mit den Problemen, die sie bedrängen, ernst nimmt und überall dort, wo es Handlungsbedarf gibt, tatsächlich handelt. Die Eigentumsbildung für Familien halte ich zum Beispiel für einen ganz zentralen Beitrag zur Stärkung unserer gesellschaftlichen Mitte und zum Kampf gegen die politischen Ränder.

(Beifall bei der CSU)

Heute ist nicht der Tag, an dem wir darüber diskutieren, welche Gefahren aus welchen Gruppierungen für uns erwachsen. Eines aber weiß ich heute aus positiver Erfahrung in über 40 Jahren Politik: Man kann nicht mit Belehrungen oder gar einem Verhalten, das in Richtung Bevormundung geht, der Bevölkerung gegenüberzutreten, nur weil wir in einem Parlament oder einer Regierung sitzen und deshalb alles besser wissen. Eine solche Attitüde sollte die Politik beerdigen. Wir sollten jeden Verdacht, dass wir so denken, beiseiteschieben. Nur der ehrliche und saubere Umgang mit Problemen hilft, um Links- und Rechtsradikale in unserem Land zu bekämpfen. Das ist die beste Prävention.

(Beifall bei der CSU)

Mehr will ich gar nicht sagen. Diese fünf Punkte bringen neben der Analyse, der Bilanz und dem Befund aus Tausenden von Haushaltszahlen die Wirkung der Haushaltszahlen zum Ausdruck. Manchmal fällt es mir schon selbst schwer zu sagen, dass wir jetzt das elfte

Jahr schuldenfrei im allgemeinen Haushalt sind. Wir zahlen Schulden zurück, die Landesbank zahlt ihre Schulden zurück. Wir haben die höchste Investitionsquote, die niedrigste Zinsquote und vieles andere mehr. Am allerwichtigsten ist aber, welche Wirkungen diese Zahlen auf das tägliche Leben der Menschen entfalten. Da kann ich nur sagen: Bayern blüht, Bayern ist bestens in Schuss. Und trotzdem kann man nie sagen: Jetzt sind wir fertig. Das ganze Leben ist eine Baustelle. Man kann nie sagen, wir haben keine Probleme mehr, wir sind fertig. In der Politik ist man jedenfalls nie fertig. Wenn man der Gefahr des Erfolgs, nämlich der Selbstzufriedenheit, begegnen will, muss man sich selbst immer die Frage stellen, was wir tun können und müssen, damit wir auf diesem Niveau bleiben und uns in den nächsten Jahren gut fortentwickeln.

Deshalb appelliere ich an alle, die mitmachen wollen, dass wir weiter anpacken, uns jetzt nicht zurücklehnen und schon gar nicht wegen zweier Wahljahre sagen, dass sich diese Jahre nicht für politische Diskussionen eignen. Die Menschen erwarten von uns Diskussionen auf hohem Niveau. Sie erwarten, dass wir uns mit den realen Problemen und den möglichen Lösungen auseinandersetzen. Der Hauptauftrag, der sich aus dem Artikel 151 der Bayerischen Verfassung ergibt, ist es, die Lebensqualität der Menschen zu steigern. Es gibt keinen anderen Auftrag.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Auftrag gilt für alle und in allen Regionen Bayerns. Das ist unser zentraler Auftrag. Den haben wir bisher gut erfüllt. Dafür danke ich. Sie werden dafür Verständnis haben, dass ich meiner Fraktion, dem Fraktionsvorsitzenden, dem Haushaltsausschuss und seinem Vorsitzenden Peter Winter ganz besonders danke. Danke an die ganze Fraktion. Wir, die CSU-Fraktion und die Staatsregierung, sind eine Aktions Einheit. Weil wir das sind, haben wir auch Erfolg.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Wir sind eine sehr handlungsfähige Funktionseinheit. Ich war letzte Woche in Berlin. Ich habe keine Zeitung gefunden, in der ich etwas über den Inhalt der Debatte über das Integrationsgesetz lesen konnte. Ich habe nur ein Minutenprotokoll darüber, wer gestrickt hat, wer ein Buch gelesen hat und wer gegähnt hat, gelesen. Bei allem parlamentarischen Wettstreit und der Tatsache der Wertschätzung, dass wir in Berlin zusammenwirken, freut es mich, dass wir fast 40 Abgeordnete bei der Abstimmung mehr hatten als Sie von der Opposition miteinander. Das war eine schöne Sache.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Ich danke meinem ganzen Kabinet. Es ist immer schwierig mit der Nennung von Namen, aber ich mache es. Ich danke dem federführenden Finanzminister Markus Söder und seinem Staatssekretär Albert Füracker. Auch wenn das ganze Kabinet gut zusammenwirkt und jedes Haus für seinen Haushalt kämpft, muss doch einer die Federführung übernehmen. Deshalb danke an mein ganzes Kabinet, an den Finanzminister und seinen Staatssekretär.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Nachdem der Ministerpräsident selbst keinen Dank bekommt, muss ich das immer selber erledigen.

(Allgemeine Heiterkeit – Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kreuzer spricht noch!)

Warten wir einmal, was Thomas Kreuzer anschließend und Markus Söder am Donnerstag sagen. Für mich ist es die höchste Auszeichnung, wenn ich außerhalb Bayerns, egal ob in anderen Bundesländern, in der Bundeshauptstadt oder außerhalb Deutschlands, den Satz höre, der nicht ganz neu ist, der aber stimmt: Wir wollen dahin, wo ihr schon seid.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, die meinen in Urlaub!)

Das ist eine wunderbare Danksagung an die Politik des Freistaates Bayern.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Ministerpräsident. – Als Nächster hat Herr Kollege Rinderspacher das Wort. Bitte schön.

(Peter Winter (CSU): Da kommt schon der Dank!)

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Vizepräsident, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einer intensiven Plenardebatte über das Integrationsgesetz in der vergangenen Woche stehen nun drei Tage Haushaltsdebatte an. Einzelplan für Einzelplan wird beraten. Zum Auftakt ergibt sich die Gelegenheit zur Generalaussprache. Was läuft gut in Bayern, was läuft weniger gut? Wo gibt es Nachholbedarf? Woher kommen wir, wo stehen wir, wo wollen wir hin? Wo bleibt die Regierung gegebenenfalls hinter ihren Versprechungen zurück? Wo liegen die unterschiedlichen politischen Schwerpunkte der Fraktionen?

Nachdem der Ministerpräsident den Verdacht hatte, dass er von seinem eigenen Fraktionsvorsitzenden, von dem der CSU, keinen Dank erhält, möchte ich mich bei Ihnen, Herr Seehofer, beim Parteivorsitzen-

den der CSU für die Zusammenarbeit unserer Parteien in der Bundesregierung bedanken. Sie war ganz gewiss nicht immer ohne Reibung und ohne Kollision. Darauf werde ich gleich zurückkommen. Aber die Bundesregierung aus CDU, SPD und CSU hat 2016 trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Fragen einige wichtige Vorhaben in großer Gemeinsamkeit auf den Weg gebracht. Sie haben es bereits erwähnt: Wir haben nach einem umfangreichen Beteiligungsprozess gemeinsam das Bundesteilhabegesetz beschlossen, das die Leistungen für Menschen mit Behinderungen neu regelt. Das ist die größte Sozialreform seit 15 Jahren, ein Wendepunkt in der Behindertenpolitik. Künftig wird der Blick nicht mehr darauf gerichtet, was Menschen mit Behinderungen nicht können, sondern darauf, was sie zu leisten imstande sind. Das Bundesteilhabegesetz ist ein wichtiger Schritt hin zur weiteren Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Weitere Schritte müssen und werden folgen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in großer Gemeinsamkeit ein neues Pflegegesetz beschlossen. Es sichert die Versorgung in der Pflege und verbessert die Pflegeberatung vor Ort. Wir haben den Gesetzentwurf zur Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen beschlossen. Das war uns, der SPD, besonders wichtig. Das Gesetz wird am 1. April 2017 in Kraft treten. Auf Druck unserer Partei konnte ein wichtiger Durchbruch im Kampf gegen den Missbrauch erzielt werden: Equal Pay nach neun Monaten bei einer Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten. Das war die größte arbeitsmarktpolitische Reform der letzten Jahrzehnte. Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Partei waren zunächst dagegen, haben aber dann doch mitgemacht. Auch hierfür ein Dankeschön.

(Beifall bei der SPD)

Das BAföG, eines der größten sozialdemokratischen Projekte für mehr Chancengleichheit, ist ebenfalls verbessert worden. Seit 2015 trägt allein der Bund die Kosten für das BAföG. So entlastet er die Länder um jährlich 1,17 Milliarden Euro. Außerdem steigen die BAföG-Sätze für Studierende deutlich. Die Kommunen werden bei den Sozialausgaben künftig jährlich um 5 Milliarden Euro entlastet. Seit die SPD mitregiert, ist sogar der Haushalt des Ministeriums für Entwicklungshilfe um satte 35 % gestiegen. Er wurde um 1,1 Milliarden Euro aufgestockt.

(Beifall bei der SPD)

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere gemeinsame Bundesregierung hat ganz offensichtlich 2016 eine bisweilen sehr gute, zumindest aber ordentliche

Bilanz vorzulegen mit wichtigen Entscheidungen, die auch für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern gut sind. Deutschland ist im Jahr 2016 ein Stück sozialer, demokratischer und in der Gesellschaftspolitik moderner und menschlicher geworden. Das war alles in allem ein gutes Jahr, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bedanke mich bei unserem politischen Partner im Bund für die gemeinsamen Entscheidungen.

(Beifall bei der SPD)

Seitens der SPD sage ich aber auch: Nicht alles, was gut gemeint ist, ist automatisch auch gut gemacht. Die SPD wird sich in den nächsten Monaten sehr genau anzuschauen haben, ob die sogenannte Dobrindt-Maut nach den vielen Veränderungen der letzten Monate und Jahre am Ende überhaupt noch einen Sinn ergibt. Der Bundesrechnungshof hat intensive Zweifel angemeldet, ob die Maut am Ende nicht doch ein Draufzahlgeschäft ist. Das Versprechen der CSU von Mehreinnahmen für die Infrastruktur endet womöglich bei Mehrausgaben für Staat, Bürger und Autofahrer. Das darf nicht sein. Herr Ministerpräsident, ziehen Sie dieses Projekt besser zurück, bevor es letztlich in einer Blamage endet.

(Beifall bei der SPD)

Das Jahr 2016 wird vielen Bürgerinnen und Bürgern – so fürchte ich – nicht als ein Jahr der Neuerungen, der gesetzgeberischen Innovation, der Verbesserung der Lebensqualität in Erinnerung bleiben. Vielen Menschen in Deutschland wird es vielmehr als ein Jahr des politischen Streits und der politischen Zwietracht in Erinnerung bleiben, und zwar aus einem Grund: Die CSU, die kleinste Partei des Deutschen Bundestages, ist nicht als Regierungspartei, sondern vorwiegend als Opposition gegen die eigene Bundesregierung und die eigene Bundeskanzlerin in Erscheinung getreten. Der ständige Streit zwischen CSU und CDU lenkt von den wichtigsten, den zentralen Entscheidungen in unserem Lande ab. Er zeigt aber auch: Die SPD ist der konstruktive Teil der Bundesregierung. Deshalb können wir damit relativ gelassen umgehen.

(Karl Freller (CSU): Das ist eine Haushaltsdebatte!)

Aber es ist unverkennbar: Zehn Monate vor der Bundestagswahl hat die CSU der Unionskanzlerkandidatin Angela Merkel ein Auftrittsverbot in Bayern verpasst.

(Zurufe von der CSU: Haushalt, Haushalt!)

Um ein Pfeifkonzert für die eigene Spitzenkandidatin zu vermeiden, musste sie beim CSU-Parteitag drau-

ßen bleiben – ein in der politischen Historie der Bundesrepublik einmaliger Vorgang.

(Beifall bei der SPD)

So stehen weniger die guten gemeinsamen Entscheidungen im Vordergrund. Die Demontage der deutschen Bundeskanzlerin durch die Christlich-Soziale Union zeigt Wirkung. Sie hat den letzten Rest an Autorität verloren. Das Ansehen der Kanzlerin ist schwerstens beschädigt.

(Karl Freller (CSU): Wir sind beim Haushalt!)

Sie genießt keinerlei Rückhalt mehr. Sehr zu unserem Bedauern fehlt es ihr an Führungsstärke, der Schwesterpartei in Bayern Grenzen aufzuzeigen.

(Beifall bei der SPD)

So war die CSU ganz offensichtlich in der deutschen Bundesregierung in vielen Bereichen zu einer konstruktiven Kooperation nicht willens. In Bayern gibt es für die Regierungspartei der absoluten Mehrheit ohnehin keine echte Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Eines ist klar: Die absolute Mehrheit verführt definitiv zur Selbstüberschätzung, zum Hochmut, zur Trägheit. Die Regierung verlagert ihre politische Energie weg vom Regieren hin zum Marketing in eigener Sache. Wichtige Probleme werden vertagt, die Regierung konzentriert sich vorwiegend auf Machterhalt und Machtausbau. So ist die Bayerische Staatsregierung im Jahr 2016 mehrfach auf Kollisionskurs mit dem Grundgesetz und unserer Bayerischen Verfassung geraten. Wir freuen uns sehr, als diejenigen, die in der Tradition des Vaters der Bayerischen Verfassung stehen, Wilhelm Hoegner, dass Sie, Herr Ministerpräsident, die Bayerische Verfassung heute noch einmal gewürdigt haben. Etwas mehr Respekt vor der Bayerischen Verfassung in der täglichen Politik wäre allerdings durchaus angebracht.

(Beifall bei der SPD)

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat erst vor wenigen Wochen die gesetzgeberische Vortäuschung einer Volksbefragung – sie war als ein Kampfinstrument der bayerischen Regierung gegen die Opposition gedacht – für nichtig und verfassungswidrig erklärt. Das Instrument – ich zitiere die Entscheidung – erweitert das Staatsgefüge um ein neues Element, das geeignet ist, das von der Verfassung vorgegebene Kräfteverhältnis der Organe und ihrer Gestaltungsspielräume zu beeinflussen. – Auf Deutsch: Das Gericht ließ es der CSU nicht durchgehen, sich ein zusätzliches Instrument des Machterhalts und des Machtausbaus zu schaffen. Das ist ein Rückschlag für

Sie selbst, Herr Ministerpräsident. Ich finde aber, das ist ein schöner Erfolg für die Demokratie in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

In meiner Amtszeit als Fraktionsvorsitzender der SPD hier im Hohen Hause ist das nun schon die dritte erfolgreiche Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof. So viel zu Ihrem Respekt vor der Bayerischen Verfassung. In den Jahren zuvor wurde bereits die Resonanzstudienaffäre vom Gericht aufgeklärt. Dabei ging es um Umfragen zum Nutzen der CSU auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Kurz darauf wurde die sogenannte Verwandtschaftsaffäre mehrerer Kabinettsmitglieder behandelt, die das Gericht ebenso wie die Opposition im Parlament gegenüber der Öffentlichkeit transparent dargestellt wissen wollte.

Meine Damen und Herren, wer die Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs über die Jahre hinweg verfolgt, erkennt sehr schnell: Immer wieder wird die CSU dabei ertappt, wie sie sich den bayerischen Staat an der einen oder anderen Stelle regelrecht zur Beute machen will. Wir widersetzen uns dieser Arroganz der Macht.

(Unruhe bei der CSU)

Eines muss klar sein: Bayern ist nicht die CSU, und die CSU ist nicht Bayern. Diese Gleichung geht nicht auf. Wir werden den Freistaat nicht einer einzelnen Partei überlassen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Auch beim zweiten zentralen Gesetz dieser Wahlperiode neben dem wichtigen verfassungswidrigen Gesetz zur sogenannten Volksbefragung steht infrage, ob es verfassungskonform ist. Das sogenannte Integrationsgesetz ist ein Ausgrenzungsgesetz. Deshalb erkläre ich für die SPD, dass wir uns gezwungen sehen, auch in diesem Fall das Verfassungsgericht zur Überprüfung des Gesetzes anzurufen. Zugleich gilt mein Dank den Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, die dieses Gesetz mit Kompetenz und Glaubwürdigkeit in der letzten Woche intensiv beraten haben.

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich ging es in den letzten Monaten, mindestens aber eineinhalb Jahren sehr viel um Flüchtlingspolitik, um Asylpolitik und um Ausländerpolitik. Sie haben mit einer Verfassungsänderung für das Jahr 2018 angekündigt, das Thema Ausländerpolitik in den Mittelpunkt der Wahlauseinandersetzung rücken zu wollen. Andere Themen, die für Bayern wich-

tig sind, bleiben dabei unterbelichtet, vor allem die soziale Spaltung in unserem Land: Auf 3.500 Einkommensmillionäre in diesem Land kommen mittlerweile 1,8 Millionen Menschen an oder unterhalb der Armutsgrenze, Herr Ministerpräsident. Es ist aber Auftrag der Bayerischen Verfassung, dafür zu sorgen, dass sich diese Kluft nicht weiter vertieft. Wenn ich mir aber den bayerischen Staatshaushalt ansehe, kann ich nicht erkennen, dass hier der Bayerischen Verfassung wirklich Rechnung getragen wird.

Wir sagen als SPD: Bayern wird gerechter, wenn wir die Menschen mit unteren und mittleren Einkommen entlasten. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass Konzerne wie Starbucks ebenso Steuern zahlen wie das familienbetriebene Café um die Ecke. Heute zahlt jeder Handwerker deutlich mehr Steuern und Abgaben als Apple und Google, weil die sich arm rechnen. Das muss sich ändern. Für uns ist es ein Unding, wenn Finanzminister Söder sich im europäischen Steuerstreit an die Seite des amerikanischen Konzerns Apple stellt. Die Großen lässt man laufen, die Kleinen schröpft man. Dieses Söder'sche Gesetz darf nicht die Leitlinie für die Steuerpolitik Bayerns bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Solche Steuervermeidungsstrategien großer Konzerne rauben dem Gemeinwesen enorme Beträge. Da müssen wir ran.

Als Familienpartei Bayerns ist es uns als SPD ein besonderes Anliegen, die Familien in Bayern zu entlasten. Das kann und muss nicht nur über die Steuer geschehen. Sie haben gesagt, dass Herr Schäuble von einer Steuersenkung von 15 Milliarden Euro nach der Bundestagswahl gesprochen hat. Das wäre im Übrigen eine Steuerentlastung für eine Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern auch in Bayern von etwa 25 bis 35 Euro im Monat. Tatsächlich – es ist richtig – müssen wir auch an die Mittelschicht, an die Leistungsträger unserer Gesellschaft denken. Wir als SPD sagen: Wir haben es auch landespolitisch in der Hand, und Bayern wird gerechter, wenn Eltern beispielsweise von Kindergartengebühren entlastet werden. Die Entlastungswirkung für Familien ist hierdurch viel größer als bei einer Veränderung des Steuersystems durch Herrn Schäuble. Wenn nämlich beispielsweise wie in Rheinland-Pfalz künftig der Staat die Kindergartengebühren übernimmt, anstatt sie den Familien zu überlassen, entlastet das die Familien um 150, 200, 250 oder 300 Euro und mehr, und das jeden Monat, meine Damen und Herren. Das ist eine Politik der sozialen Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Ziel muss es sein, jedem Kind Zugang zu guten frühkindlichen Bildungsangeboten zu ermöglichen, unabhängig von seiner Herkunft und von der Größe des Geldbeutels seiner Eltern. In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für eine erfolgreiche Entwicklung und Bildungsbiografie gelegt. Das haben zahlreiche Studien in der Vergangenheit nachgewiesen. Kindertageseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen; sie müssen daher aus unserer Sicht wie der Schulbesuch kostenfrei sein.

(Beifall bei der SPD)

Und tatsächlich haben wir gerade in diesem Bereich sehr großen Nachholbedarf. Der Bildungsmonitor 2016 des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln hat im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – beides ganz gewiss keine sozialdemokratischen Vorfeld-Organisationen – dargestellt, dass auch bei Qualität und Quantität von Kinderbetreuungseinrichtungen in Bayern deutlich mehr geschehen muss. So heißt es mit Blick auf den Freistaat in der Studie wörtlich: "Der Anteil der Kindergarten- und Grundschulkindern in Ganztageseinrichtungen ist im bundesweiten Vergleich sehr niedrig." Der Bildungsmonitor zeigt auf, dass der Anteil der ganztags betreuten Kinder zwischen drei und sechs Jahren im Jahr 2015 einen Wert von 34 % erreichte, während im Bundesdurchschnitt 44 % aller Kinder dieser Altersgruppe ganztags betreut werden. Von den zehn Städten und Landkreisen mit der bundesweit niedrigsten Quote betreuter Kinder unter drei Jahren lagen im Übrigen letztes Jahr tatsächlich acht in Bayern: Stadt Straubing, Stadt Kaufbeuren, Landkreis Regen, Landkreis Kelheim, Landkreis Traunstein, Landkreis Freyung-Grafenau, Landkreis Unterallgäu und das Berchtesgadener Land mit dem bundesweit niedrigsten Anteil an betreuten Kindern von 13 %.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Dort betreuen eben die Eltern selber ihre Kinder!)

Tatsächlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir jeden Euro nur einmal ausgeben und dürfen Finanzmittel nicht krass fehlsteuern. Solange es diese eklatanten Lücken im System der frühkindlichen Bildung gibt, ist das Betreuungsgeld, das Sie hier heute noch einmal gepriesen haben, Herr Ministerpräsident, und für das Sie bis zum Jahr 2021 mehr als eine Milliarde Euro ausgeben wollen, eine krasse Fehlinvestition. Wir brauchen dieses Geld an anderer Stelle.

(Beifall bei der CSU)

Das Betreuungsgeld sehen wir als Prämie für das Fernhalten von Bildungschancen.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Es gibt auch schlaue Eltern in Bayern!)

Dieses Geld müsste in 20.000 Kita-Plätze investiert werden, die in Bayern fehlen, in 11.000 Erzieherinnen und Erzieher, die in Bayern fehlen und die auch zu wenig verdienen. Parallel dazu werden wir eine Qualitätsoffensive auf den Weg bringen müssen; denn für uns gilt das Postulat in der Bayerischen Verfassung: "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes". Das hat der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner in die Verfassung geschrieben. Wir nehmen das als Arbeitnehmer- und Familienpartei Bayerns sehr ernst, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Überrascht bin ich, wenn Sie die Bayerische Verfassung zitieren und dabei einen ganz zentralen Artikel weglassen, nämlich das Verfassungspostulat, dass es Aufgabe des Freistaats und seiner Kommunen ist, für billige Volkswohnungen im Freistaat Sorge zu tragen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sagen wir: Um den Druck auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf Familien, auf Rentner zu senken, müssen wir für bezahlbares Wohnen in unserem Land mehr tun. Wohnen ist in Bayern heute bereits teurer als in den meisten anderen Bundesländern. Im Vergleich der Flächenstaaten belegt Bayern nach einer Immonet-Studie aus dem Jahr 2014 hinter Hessen Rang 2. Dabei ist vor allem das Mietpreisniveau in den Großstädten und Boomregionen stetig gestiegen. So liegen sechs der fünfzehn deutschen Großstädte, die zwischen 2009 und 2014 die stärksten Mietpreisanstiege zu verzeichnen hatten, in Bayern: Ingolstadt, Fürth, Würzburg, Augsburg, Nürnberg und Regensburg. Ein Ende ist nicht in Sicht. Die 2015 veröffentlichte Wohnungsmarktprognose 2030 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung sagt für die bayerischen Metropolregionen steigende Wohnflächennachfragen von zum Teil über 10 % bis 2030 voraus.

Vor diesem Hintergrund und angesichts dieser Entwicklungen braucht es einen Staat, der fähig und willens ist, zum Wohle der Bewohnerinnen und Bewohner regulierend in den bayerischen Wohnungsmarkt einzugreifen, einen Staat also, der es sich zum Ziel setzt, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, zumal das auch eine Vorgabe unserer Bayerischen Verfassung ist, einen Staat, der Bautätigkeit fördert, Kommunen wirkungsvoll unterstützt und eine Wohnungspolitik betreibt, die sich der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet fühlt. Die aktuelle Wohnungsnot im Freistaat – nach unseren Berechnungen fehlen mindestens 100.000 Wohnungen in den nächsten fünf

Jahren – ist ganz wesentlich auf die jahrelange Untätigkeit der Staatsregierung in der Wohnungspolitik zurückzuführen. So wurde die GBW, die ehemals staats-eigene Immobilientochter der Landesbank, 2013 ohne Not von der Staatsregierung privatisiert, mit der Folge, dass die 85.000 Mieterinnen und Mieter der GBW gezwungen waren, teils drastische Mieterhöhungen hinzunehmen, obwohl ihre Wohnungen einstmals von der öffentlichen Hand gefördert worden waren.

Der Haushaltsplan für die Jahre 2017 und 2018, den wir in diesen drei Tagen beraten, sieht trotzdem nicht etwa einen Aufwuchs der Mittel für die Wohnraumförderung vor, sondern einen deutlichen Rückgang der Landesmittel von 160 Millionen Euro in 2015 auf 87 Millionen Euro in 2017. Das ist nahezu eine Halbierung. Wir als SPD wollen in den kommenden fünf Jahren 100.000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen in den bayerischen Ballungsräumen und Boomregionen, aber auch im ländlichen Raum schaffen, um den Bedarf in Bayern decken zu können. Ein erster kraftvoller Schritt könnte endlich im neuen Doppelhaushalt erfolgen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist an uns, dies jetzt umzusetzen.

Schaffung billiger Volkswohnungen, wie es in der Bayerischen Verfassung heißt, Herr Ministerpräsident: Verfassungsauftrag nicht erfüllt. Und tatsächlich ist es an uns in der deutschen Bundesregierung, das von Ihnen heute hier vorgeschlagene Baukindergeld, ursprünglich eine Idee der SPD-Ministerin Hendricks, tatsächlich noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen. Wir befürchten, Sie machen das sogenannte Baukindergeld zum Wahlkampfschlager der Jahre 2017 und 2018. Der Vorschlag wurde von der SPD-Ministerin unterbreitet. Lassen Sie uns das Baukindergeld noch in dieser Legislaturperiode gemeinsam beschließen, wenn Sie es wirklich ernst meinen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprachen davon, dass Bildungsgerechtigkeit auch ein zentraler Auftrag unserer Bayerischen Verfassung sei.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das stimmt schon, oder?)

Tatsächlich kann man Ihnen da nur beipflichten. Sie haben übrigens diesbezüglich bereits 2013 ein bemerkenswertes Versprechen abgegeben; Sie haben für Bayern eine Ganztagsgarantie abgegeben. Ich zitiere: Bis 2018 gibt es in allen Schularten für jede Schülerin und jeden Schüler bis 14 Jahre ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot. Nun stellt sich die Realität hier und heute wie folgt dar: In Oberfranken ging die Zahl der Grundschüler im gebundenen Ganztags von 4,8 auf 4,6 % im Schuljahr 2015/16 zurück. Auch in vielen Landkreisen und kreisfreien Städten sank die Zahl der Grundschüler im Ganztags, in Rosenheim von 8,5 auf 7,9 %. Im Landkreis Hof ging die Zahl der Gymnasiasten, die eine Ganztagsklasse besuchen, von 7,1 auf 6,6 % zurück. Sie sprachen von einer Ganztagsgarantie. Dabei gibt es an den staatlichen Realschulen in 65 Landkreisen und kreisfreien Städten noch kein einziges gebundenes Ganztagsangebot.

(Zuruf der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer (CSU))

Bei den Gymnasien besteht in 57 Landkreisen und kreisfreien Städten kein einziges entsprechendes Ganztagsangebot. Das ist die Garantie, die Sie abgegeben haben. Leider hat sich in den letzten drei Jahren Ihrer Regierungszeit hier überhaupt nichts getan.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Doch!)

Im Gegenteil ist es noch ein Stück weit schlechter geworden, wie man erkennt, wenn man sich die Statistiken anschaut.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU hat den SPD-Gesetzentwurf zur Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz am 12. Juli 2016 im Plenum des Bayerischen Landtags abgelehnt. Nüchtern betrachtet muss man sagen: Ihre Ganztagsgarantie hat sich regelrecht pulverisiert.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Ein zweites Versprechen haben Sie abgegeben. 2013 haben Sie – auch vor dem Hintergrund Ihres Bestrebens, soziale Gerechtigkeit voranzutreiben; das war ja heute auch ein Stück weit der Tenor Ihrer Rede – ein richtig schönes Präsent versprochen, nämlich, Bayern innerhalb von zehn Jahren barrierefrei zu machen. Die Euphorie war groß. Es gab großen Applaus im Bayerischen Landtag. Aber heute wissen wir: Wenn Sie die Haushalte weiter so festschreiben wie bisher, wird Bayern nicht 2023, sondern erst in mehr als 120 Jahren tatsächlich barrierefrei werden.

(Lachen bei der CSU)

Schauen wir uns doch einmal die Zahlen von Oberfranken an, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich weiß nicht, ob Ihnen da noch nach Lachen ist, insbesondere auch unseren Zuschauern auf der Tribüne. In Oberfranken sind 78 von 112 Bahnhöfen gegenwärtig nicht

barrierefrei, also für Menschen mit Behinderung, für Rollstuhlfahrer, aber auch für Familien mit einem Kinderwagen nicht zugänglich. 78 von 112 – das sind 70 % – sind nicht barrierefrei. Nun hat die Bayerische Staatsregierung ein Paket für barrierefreies Bayern 2013 bis 2018 ausgelobt; man möchte da etwas tun. Was glauben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU – vielleicht wissen Sie es nicht –, wie viele Bahnhöfe von diesen 70 bis 2018 von Ihrer Regierung tatsächlich barrierefrei gemacht werden? Gibt es Schätzungen? – Ich sage es Ihnen: Ein einziger von 70, nämlich der Bahnhof in Coburg. 69 bleiben nicht barrierefrei. Was wir brauchen, ist ein echtes Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit zur Beseitigung von Zugangshindernissen und Barrieren im öffentlichen Raum. Das ist das, was wir jetzt brauchen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Gestatten Sie mir angesichts der fortgeschrittenen Zeit noch einige zusammenfassende Feststellungen in Kurzform. Erstens. Die CSU war 2016 vornehmlich damit befasst, dem einstigen Leitsatz von Franz Josef Strauß Genüge zu tun, die CSU dürfe keinen politischen Wettbewerber rechts von sich dulden. Sie hat damit nicht nur die AfD in Bayern größer gemacht als notwendig, sondern auch der demokratischen politischen Kultur in unserem Land einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU war in Bayern 2016 fast ausschließlich Bundespartei und nicht landespolitische Kraft. Der ewige Streit mit Frau Merkel, der bis heute andauert, stand im Mittelpunkt Ihrer Politik. Auf Landespolitik wurde stellenweise regelrecht verzichtet.

Zweitens. Die Bayerische Staatsregierung hat 2016 Chancen verpasst und Hausaufgaben liegen gelassen. Hier ein paar harte Zahlen und ein paar harte Fakten: sechs Millionen ausgefallene Unterrichtsstunden an den bayerischen Schulen, zwei Millionen Überstunden bei der bayerischen Polizei – ein neuer Rekordwert –, eine halbe Million Überstunden an den 37 Justizvollzugsanstalten von Aichach bis Würzburg, 36 % des Staatsstraßennetzes – fast 5.000 km – und 1.400 Staatsbrücken dringend sanierungsbedürftig.

Drittens. Der Steuervollzug hat eklatante Lücken, wovon vor allem Reiche und Superreiche profitieren und worunter vor allem die Gemeinwohlfinanzierung leidet.

Viertens. Das Land wird – anders, als Sie es versprochen haben – bis 2030 nicht schuldenfrei sein. Allein die Kürzungen bei der Pensionsvorsorge reißen in fünf Jahren eine Lücke von 1 Milliarde Euro – Ten-

denz steigend –, eine aufwachsende Summe, für die unsere Kinder und Enkelkinder eines Tages werden aufkommen müssen. Die Rücklage wird laut Ihrem Haushaltsplan in diesem Haushalt regelrecht geplündert. Wir hatten zum 31. Dezember 2015 eine Rücklage von 6,1 Milliarden Euro. 2016 sollen 2,5 Milliarden Euro für den laufenden Haushalt entnommen werden. 2017/18 sollen weitere 2 Milliarden Euro abfließen, und nach den Planungen im Doppelhaushalt soll die Rücklage Ende 2018 nur noch 1,5 Milliarden Euro statt 6,1 Milliarden Euro betragen. Das heißt, der Staatshaushalt lebt auf Kosten der Substanz, und auch die Schuldentilgung von 500 Millionen Euro pro Jahr erfolgt nicht aus den laufenden Einnahmen, sondern aus der Rücklage. Der angekündigte Schuldenabbau bis 2030 ist vor diesem Hintergrund nichts als politische Propaganda und Schönrederei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Fünftens. Anders, als Sie es dargestellt haben, ist der zu diskutierende Haushalt kein Investitionshaushalt. Die Investitionsquote sinkt. Zu Beginn der Amtszeit Stoiber lag sie noch bei über 20 %. Davon ist sie heute meilenweit entfernt. Der Erhalt und der Ausbau der Infrastruktur können mit aktuellen Investitionen nicht gesichert werden. Damit werden Lasten in die Zukunft verschoben. Die sogenannten versteckten, impliziten Schulden, wie sie der Oberste Rechnungshof einmal nannte, steigen. Positive Ausnahmen waren die Jahre 2009 und 2010. Da lag die Investitionsquote noch bei 13,6 % bzw. 13,8 % – aber nur deshalb, weil es damals das kommunale Investitionsprogramm des Bundes gab. Im Jahr 2015 waren es 11,8 %, und in diesem Jahr sind es 11,7 %. 2018 werden es nur noch 11,5 % sein. Das bedeutet: Es gibt einen regelrechten Verfall der Investitionsquote.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um der Bayerischen Verfassung gerecht zu werden, müssen wir deutlich mehr tun, als der Ministerpräsident heute angekündigt hat. Die Bayerische Verfassung ist nämlich nicht nur eine Charta der Freiheit, sondern auch ein Plädoyer für Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit, und diese will organisiert sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD vermissen vor allem Investitionen in soziale Gerechtigkeit, in kostenfreie Kitas und in bezahlbaren Wohnraum. Zumindest das konnte ich heute ausführen. Die Sozialdemokratie im Hohen Hause wird sich auch im Jahr 2017 für mehr Gerechtigkeit in Bayern einsetzen. 1,8 Millionen Menschen in Bayern unterhalb der Armutsgrenze – ich wiederhole die Zahl: 1,8 Millionen Menschen: Das ist eine Feststellung, vor

deren Hintergrund sich politische Selbstgerechtigkeit und politische Selbstzufriedenheit verbieten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch wenn die CSU alle unsere Anträge zur Armutsbekämpfung, zur Stärkung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Entlastung der Familien in Bayern und für eine moderne Gleichstellungspolitik im Allgemeinen und im Besonderen auch dieses Jahr abgelehnt hat, bleiben wir als SPD hartnäckig dran. Ganz augenscheinlich ist: Der politische Wettbewerb wird 2017 in Bayern weiter zunehmen. Die CSU bekommt Druck von rechts, von der AfD.

(Max Gibis (CSU): Ach, nicht schon wieder!)

– Aber selbstverständlich. Sie bekommen Druck von rechts, von der AfD – diesen Druck haben Sie zum Teil selbst mit befördert –, und Sie bekommen Druck von Mitte links, auch von der SPD. Wir stehen für eine solidarische, offene Gesellschaft und ein soziales Miteinander ein. Diesen Platz der sozialen Gerechtigkeit im Bayerischen Landtag wird die Sozialdemokratie auch weiter besetzen und ausfüllen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Eine Zwischenbemerkung des Kollegen Steiner.

Klaus Steiner (CSU): Herr Rinderspacher, ich finde es sehr schade, dass Sie in Ihrer grundsätzlichen Rede wichtige Sachverhalte so oberflächlich behandeln und ansprechen.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Volkmar Halbleib (SPD): Wenn Sie uns mehr Redezeit gäben!)

Sie hatten die Kinderbetreuungsquote in den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein genannt – den Landkreisen, aus denen Frau Kollegin Kaniber und ich kommen. In der Tat haben wir eine sehr niedrige Betreuungsquote von 13,9 %. Aber warum verstehen Sie nicht, welche Hintergründe das hat? In diesen Regionen werden diese Einrichtungen einfach nicht nachgefragt,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

weil die Eltern die Kleinkinder zu Hause betreuen wollen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Die Sozialraumanalyse des Landkreises Traunstein gibt über genau diese Gegebenheiten sehr detailliert

Auskunft. Diese Einrichtungen werden nicht in dem Maße nachgefragt wie in den Großstädten. Ich wehre mich dagegen, dass Sie die Situation hier so darstellen und das aus ideologischen Gründen quasi nicht zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf von der SPD: Fünzfzigerjahre!)

Es gibt eben sehr viele Mütter und Väter, sehr viele Familien, die ihre Kinder zu Hause haben wollen. Die Strukturen in unseren Landkreisen sind nun einmal so. Man kann dies heile Welt nennen oder wie auch immer, aber die Eltern wollen ihre Kinder in diesem Alter hauptsächlich daheim betreuen und nicht mit zwei, drei Jahren oder mit einem Jahr irgendwo abgeben und abstellen.

(Beifall bei der CSU – Natascha Kohnen (SPD): Buh! "Irgendwo abstellen"! Das ist ja wohl eine Frechheit!)

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kollege, mir ist nicht eingängig, was Sie formuliert haben

(Lachen bei Abgeordneten der CSU)

und warum die Menschen im Berchtesgadener Land oder im Landkreis Traunstein so ganz anders ticken sollten als beispielsweise im Landkreis Coburg, wo es mit die höchste Kinderbetreuungsquote überhaupt gibt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist mir überhaupt nicht eingängig. Ich muss Ihnen sagen, ich bin viel in Bayern unterwegs, auch bei Ihnen im Stimmkreis. Ich habe ganz andere Rückmeldungen, im Übrigen auch von CSU-Kommunalpolitikern. Die erklären mir regelmäßig: Wenn wir eine Kita aufmachen oder eine Krippe, dann sind die Plätze in kürzester Zeit belegt, und wir sind dazu verpflichtet, die nächste Krippe aufzumachen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Einlassung, dass eine Kinderbetreuungsquote von 13 % – in München sind es, glaube ich, 70 % oder 75 % – tatsächlich ausreichen soll, nehmen wir zur Kenntnis. Ich glaube, die Familien auch bei Ihnen zu Hause haben andere Bedürfnisse. Ich finde, der Freistaat sollte diese Bedürfnisse entsprechend befriedigen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Moment bitte, wir haben noch eine weitere Zwischenbemerkung. Frau Kollegin Celina, bitte.

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Rinderspacher, ich hoffe, ich habe das richtig verstanden. Der CSU-Kollege dort hinten hat doch gesagt, die meisten Eltern wollten ihre Kinder nicht "irgendwo abgeben und abstellen". Sind auch Sie meiner Meinung, dass die bayerischen Kitas besser sind, als es in der Meinungsäußerung des Kollegen zum Ausdruck kommt?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Nata-scha Kohnen (SPD): Jawohl!)

Markus Rinderspacher (SPD): Ich fürchte, Sie haben recht, Frau Kollegin. Genau das ist die ideologische Auseinandersetzung. Bei Teilen dieser Ecke des Parlaments besteht offensichtlich die Überzeugung, dass Kinderbetreuung in der Krippe oder in der Kita gleichzusetzen sei mit "Kind abstellen". Das finde ich – –

(Zuruf von der CSU: So ein Schmarrn! – Nata-scha Kohnen (SPD): Das hat er gesagt, wörtlich! – Volkmar Halbleib (SPD): Im Protokoll nachlesen!)

– Das haben Sie wörtlich gesagt, richtig. Deshalb ist es gut, dass die Kollegin noch einmal daran erinnert hat. Wir haben eine andere Vorstellung, und im Übrigen glaube ich, auch viele in Ihrer Fraktion. Dem muss man dann eben auch in der politischen Realität Rechnung tragen.

(Beifall bei der SPD – Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Debattiert ihr noch? – Gut, ist klar. – Der nächste Redner ist der Kollege Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Immer, wenn ich die Reden des Kollegen Rinderspacher höre, frage ich mich: Wo lebt der Mann eigentlich – in Bayern?

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Oh!)

In Bayern kann es nicht sein; denn das, was er schildert, stimmt mit der Realität nicht überein. Deswegen rate ich Ihnen: Wachen Sie aus diesem bösen Albtraum auf, den Sie als Realität in Bayern verkaufen, dann fühlen Sie sich auch wohler.

(Zurufe von der SPD)

Ihre Sorgen sind unbegründet. Der Freistaat Bayern steht hervorragend da.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben am Anfang eingehende Ausführungen zur Bundespolitik gemacht. Das hat auch der Ministerprä-

sident getan, aber es besteht ein wesentlicher Unterschied.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Der Ministerpräsident hat bei diesen bundespolitischen Entscheidungen mitgewirkt und hat erheblichen Einfluss in Berlin.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank nicht!)

Somit haben die Bayern über die CSU als dritte Partei erheblichen Einfluss in dieser Koalition in Berlin.

(Margit Wild (SPD): Frau Merkel ist regelrecht begeistert von Ihrem Einsatz!)

Der Länderfinanzausgleich ist weitgehend auf dieses Engagement des Ministerpräsidenten zurückzuführen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: So ist es!)

Hierfür danke ich Ihnen. Ich weiß, welch ungeheurer Einsatz insgesamt erforderlich gewesen ist. Aber wenn Sie, Herr Rinderspacher, dies erwähnen, dann wollen Sie doch nicht den Eindruck erwecken, als hätten Sie irgendetwas mit diesen Entscheidungen in Berlin zu tun.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Sie haben sich weder im Vorfeld zu diesen Entscheidungen geäußert, noch öffentlich etwas gefordert, noch haben Sie irgendeinen Einfluss in Berlin. Bayern ist das zweitgrößte Bundesland in Deutschland. Sie stellen nicht einmal einen Bundesminister. Sie und die SPD sind in Berlin eine Nullnummer, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wenn sich die bayerischen Bürgerinnen und Bürger auf die bayerische SPD im Bund verlassen würden, dann wären sie verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Unruhe – Josef Zellmeier (CSU): Das ist die Realität!)

Ganz rührend wird es, wenn Sie sich um die Bundeskanzlerin sorgen, Herr Rinderspacher. In der Diskussion geht es um verschiedene Sachfragen. So, wie Sie reden, gehe ich fast davon aus, dass Sie CSU wählen, um die Bundeskanzlerin zu unterstützen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Da würde ich ja die Opposition unterstützen!)

So hört es sich auf jeden Fall an. Ich sage Ihnen, wir werden, wenn es um das Wohl der bayerischen Bürger geht, Sachdiskussionen niemals ausweichen, auch nicht mit der eigenen Schwesterpartei, weil wir gegenüber den Menschen in diesem Land verantwortlich sind. Sie spielen in der Bundespolitik sowieso keine Rolle; deswegen äußern Sie sich auch nicht.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist Kreuzer-Niveau! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn Sie sagen, die Ablehnung der Volksbefragung durch das Verfassungsgericht war ein großer Akt der Demokratie, meine Damen und Herren, dann müssen Sie einmal die Menschen draußen befragen, ob sie es als besonders demokratisch empfinden, dass sie in Bayern nicht befragt werden können wie zum Beispiel in Baden-Württemberg.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nur von der CSU und der Staatsregierung! Nur von Ihnen! Allmachtsanspruch!)

Solche Erfolge, Herr Rinderspacher, sind Pyrrhussiege. Das werden die Leute nicht goutieren.

(Beifall bei der CSU)

Um Ihnen Ihre Sorgen zu nehmen, möchte ich Ihnen an ein paar Punkten aufzeigen, wie Bayern in Deutschland beispielgebend ist.

Bayern ist das Sicherheitsland Nummer eins. In Bayern leben die Menschen sicherer als anderswo. Die Kriminalitätsrate ist ausgesprochen niedrig, die Aufklärungsquote am höchsten. In Ländern, in denen Sie regieren, ist dies anders. Nur einmal zum Vergleich: Auf 100.000 Einwohner kommen in Bayern 59 Wohnungseinbrüche. Wir haben die Zahl schon gesenkt; sie ist zurückgegangen, ist aber immer noch viel zu hoch. Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie das Glück haben, im rot-grün-regierten Nordrhein-Westfalen zu leben, dann erleben Sie dort, auf 100.000 Einwohner kommen 350 Wohnungseinbrüche, also sechsmal so viele wie in Bayern. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Sicherheitspolitik!

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Super! – Natascha Kohnen (SPD): Die haben auch 13 Großstädte!)

Wir schaffen in Bayern zusätzlich 2.000 Stellen bei der Polizei – der höchste Personalstand aller Zeiten. Wo Sie regieren, sind in aller Regel Stellen bei der

Polizei über Jahre abgebaut worden, was dann zu Zuständen wie auf der Kölner Domplatte in der Silvesternacht führt, wo über lange Zeit überhaupt niemand anwesend war und die Geschehnisse nicht im Griff behalten werden konnten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da war die Bundespolizei verantwortlich! Die haben Sie abgebaut! Ihre Minister haben die Bundespolizei abgebaut!)

– Ich würde auch nervös werden, Herr Halbleib, bei dieser Bilanz für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist auch das Wirtschaftsland Nummer eins. Beim Wirtschaftswachstum lagen wir in den vergangenen fünf Jahren mit 12,3 % im Ländervergleich mit Abstand an der Spitze. Das ist das höchste Wirtschaftswachstum im Bundesdurchschnitt. Es gibt SPD-regierte Länder, die in konjunkturell besten Zeiten rot-grüne Null-Wachstumsraten mit den entsprechenden Folgen hinlegen, meine Damen und Herren, wie zum Beispiel 2015 NRW.

Bayern ist deswegen auch Jobland Nummer eins. Die gute Konjunktur kommt bei den Menschen an. Im November lag die Arbeitslosenquote in allen Regierungsbezirken unter 4 %. 55 von 96 Landkreisen und kreisfreien Städten haben eine Arbeitslosenquote von unter 3 %, auch bei der Jugendarbeitslosigkeit. Dort herrscht Vollbeschäftigung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist auch Familienland Nummer eins. Nirgendwo in Deutschland müssen weniger Kinder in Familien leben, die Sozialhilfe beziehen, als in Bayern. Hören Sie zu, Herr Rinderspacher; Sie kritisieren die bayerischen Zustände: In Nordrhein-Westfalen ist der Anteil von Kindern in Familien, die Sozialhilfe beziehen, dreimal so hoch wie in Bayern. Das ist das Ergebnis rot-grüner Politik.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört! – Beifall bei der CSU)

Sie reden nur über soziale Balance und von Chancen für Familien. Wo Sie regieren, ist die Lage schlecht,

(Markus Rinderspacher (SPD): Ich regiere nicht in Nordrhein-Westfalen!)

während wir in Bayern den sozialen Ausgleich für Familien viel besser hinbekommen.

4,5 Milliarden Euro stehen im Doppelhaushalt zur Verfügung für die Kinderbetreuung, für die Beitragsent-

lastung für Eltern von Kindern im Vorschulalter, für das Landeserziehungsgeld und für das Betreuungsgeld. Das sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes und Investitionen in die Familien.

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig haben wir in Bayern die höchsten Durchschnittseinkommen und die wenigsten Hartz-IV-Bezieher. Wer in das Ruhrgebiet oder nach Berlin blickt, kann sofort erkennen, wie wenig sozial im Ergebnis SPD-Politik in Wahrheit ist und wie wenig Sie Ihren eigenen Ansprüchen, die Sie hier stellen, in der Praxis genügen. Arbeit schafft man in Berlin vor allem für Parteimitglieder. Trotz hoher Schulden schreckt die rot-rot-grüne Koalition nicht davor zurück, noch mehr Staatssekretärsstellen zu schaffen, statt die Probleme der Stadt einmal anzugehen. Berlin leistet sich in typisch sozialistischem Feudalismus 25 Staatssekretäre, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Unglaublich!)

Wir in Bayern schaffen dies mit sechs. Das ist SPD-Politik pur. So geht es dann am Ende aus.

(Markus Rinderspacher (SPD): Weil es die Verfassung vorschreibt! Sie sind genau am Verfassungslimit!)

Die Menschen in Bayern wissen: Die CSU richtet ihre Politik an den Bedürfnissen der Menschen aus, nicht an Ideologie.

Bayern ist das Land mit den besten Zukunftsperspektiven für seine Kinder und Enkelkinder. Dank unserer Haushaltsdisziplin werden wir an die kommenden Generationen Chancen statt Schulden vererben. Nordrhein-Westfalen plant in diesem Jahr, noch einmal zwei Milliarden Euro neue Schulden aufzunehmen, meine Damen und Herren. Das ist rot-grüne Finanzpolitik. Wir zahlen in diesem Jahr eine halbe Milliarde Euro Schulden zurück, und wir werden diesen Kurs konsequent fortsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist weiterhin Bildungsland Nummer eins. Spitzenreiter ist Bayern, und – wen wundert es? – Verlierer ist Baden-Württemberg, meine Damen und Herren. Schlusslichter sind Bremen und Berlin. So lassen sich die Ergebnisse eines Vergleichstests für die Schulfächer Deutsch und Englisch in der neunten Klasse zusammenfassen, den das Berliner Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen im Oktober vorgelegt hat. Was für mich daran besonders erschreckend ist: Dies zeigt, dass schon eine einzige Legisla-

turperiode reicht, um gute Arbeit in kürzester Zeit zu nichte zu machen, meine Damen und Herren, nämlich durch Rot-Grün in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CSU)

Dies ist erschreckend. Baden-Württemberg war mit Bayern immer auf gleicher Höhe. Sie haben es in einer Periode geschafft, das Land absacken zu lassen.

(Beifall bei der CSU)

Sie müssen sich einmal die neuen Bundesländer ansehen und die Länder hinsichtlich der Bildungserfolgsaussichten vergleichen. Diese Länder haben, aus dem DDR-Schulsystem kommend, nach der Wiedervereinigung alle die gleichen Voraussetzungen gehabt. Sie müssen sich die Länder ansehen, in denen über Jahrzehnte die CDU regiert hat, nämlich zum Beispiel Sachsen und Thüringen, und sie mit Brandenburg und anderen Ländern vergleichen. Dann werden Sie sehen, dass es eben schon darauf ankommt, welche Bildungspolitik in einem Land gemacht wird.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das Gefälle zwischen den Ländern ist inzwischen so groß, meine Damen und Herren, dass gestern der Deutsche Lehrerverband Bayern sogar aufgefordert hat, die Abiturzeugnisse anspruchloser Bundesländer nicht mehr anzuerkennen. Meine Damen und Herren, dies ist ein Armutszeugnis für rot-grüne Bildungspolitik.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Das ist unglaublich!)

Ich möchte es im Moment dabei bewenden lassen. Ich könnte noch viel mehr an Beispielen erfolgreicher Politik aufzählen. Meine Damen und Herren, gerade der letzte Donnerstag hat uns aber gezeigt, dass es auf die Qualität und nicht auf die Länge der Debatte ankommt. Daran wollen wir uns heute halten.

(Beifall bei der CSU)

Die Erfolgsbilanz Bayerns ist alles andere als selbstverständlich, wie der Vergleich mit anderen Ländern zeigt. Sie hat viele Gründe. Mit Sicherheit liegt dies aber nicht an der Arbeit der Opposition, meine Damen und Herren. Ich bin jetzt seit 22 Jahren Mitglied des Bayerischen Landtags, und genauso lange warte ich auf zukunftsweisende Ideen und Impulse von der Opposition zu Sachthemen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): G 9!)

Mit der Polemik und der Überheblichkeit, mit der SPD und GRÜNE in diesem Parlament agieren, lässt sich keine gute und erfolgreiche Politik für Bayern machen. Dagegen macht die CSU ihre Arbeit für den Freistaat und die Menschen, die hier leben, gut. Dies gilt ganz ausdrücklich für Herrn Ministerpräsidenten Seehofer und das gesamte Kabinett, denen ich im Namen der CSU-Fraktion für die hervorragende Arbeit in den letzten Jahren danken will.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wir dürfen aber in unseren Anstrengungen nicht nachlassen; denn wer ein guter Skifahrer sein will, der muss regelmäßig auf den Brettern stehen. Auch die Profis des FC Bayern stellen nicht das Training ein, nur weil sie gerade wieder an der Tabellenspitze sind. Somit bleiben wir auch beim Doppelhaushalt 2017/2018 am Ball und stellen erfolgreich die Weichen für die Zukunft.

Trotz erheblicher Belastungen im Asylbereich, denen wir uns seit 2015 gegenübersehen, steht dieser Haushalt wieder für Solidität, Stabilität und Solidarität. Er trägt damit die Handschrift der CSU. Ich danke ganz ausdrücklich dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Peter Winter, und den Mitgliedern meiner Fraktion für ihre hervorragende Arbeit.

Seit 2006 hat Bayern nun schon zum zwölften und dreizehnten Mal einen allgemeinen Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt. Dieser Haushalt ist die Grundlage für die erfolgreiche Weiterentwicklung des Landes und ein Zeichen unserer Verantwortung gerade für die nachfolgenden Generationen; denn auch 2017 – ich habe es schon gesagt – bauen wir weiter Schulden ab. Auch in den nächsten beiden Jahren sprechen wir wieder über eine halbe Milliarde Euro pro Jahr. Das macht kein anderes Land in Deutschland.

Wir planen 2017 mit einer Investitionsquote von rund 11,8 %. Das ist ein kraftvoller Aufschlag und Spitze im Vergleich mit allen anderen westlichen Bundesländern. Zugleich sorgt der höchste kommunale Finanzausgleich aller Zeiten für solide Gemeindefinanzen in ganz Bayern, und zwar dort, wo es die Menschen spüren, nämlich vor der eigenen Haustür. Unsere Gemeinden, Landkreise und Bezirke erhalten im nächsten Jahr 8,91 Milliarden Euro. Die Leistungen des Freistaats an seine Kommunen gehen weit über den Finanzausgleich hinaus; denn auch die Förderung der Breitbanderschließung oder der Kinderbetreuung gehören zu den Leistungen für unsere Kommunen. Alles zusammengenommen steigen diese Leistungen auf 15,4 Milliarden Euro im Jahr 2018. Insgesamt sind

das 26 % der Gesamtausgaben, also jeder vierte Euro.

Mit Gesamtausgaben von 38 Milliarden Euro wird auch in diesem Doppelhaushalt jeder dritte Euro unseres Staatshaushalts in Bildung fließen. Das ist Zukunftspolitik für die jungen Menschen in Bayern, meine Damen und Herren, und das wird sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten positiv auswirken.

(Beifall bei der CSU)

Neben der Schaffung zusätzlicher Stellen für die Polizei, die ich schon erwähnt habe, werden wir auch die Sachmittel erhöhen. Mehr als 800 Millionen Euro sind dafür im Doppelhaushalt vorgesehen. Ich möchte an dieser Stelle ganz klar sagen: Wir werden alles tun, um die Sicherheit des Landes zu garantieren, und wir werden alles tun, um unsere Polizeibeamten dabei vonseiten der Politik zu unterstützen; denn wir wissen, dass ihre Arbeit aufgrund der Zunahme der Gewalt, der Verrohung und der sonstigen Probleme schwerer wird, meine Damen und Herren. Deswegen möchte ich heute ganz besonders allen unseren Polizeibeamtinnen und -beamten für ihren besonderen Einsatz für unsere Sicherheit danken. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Die bäuerliche Landwirtschaft kann sich in Bayern wie in keinem anderen Land Deutschlands auf Unterstützung verlassen. Die Ausgaben für das Kulturlandschaftsprogramm erhöhen wir im Doppelhaushalt auf rund 523 Millionen Euro. Meine Damen und Herren, das ist ein deutliches Plus um mehr als ein Drittel. Unsere Politik ist, dass wir dies zusammen mit den Bauern umsetzen. Wir wollen ihnen keine Vorschriften machen und sie nicht gängeln. Wir machen das zusammen mit den Bauern und geben ihnen finanzielle Anreize, damit sie Leistungen für den Naturschutz erbringen können. Das ist der richtige Weg, und nicht die Gängelung durch Vorschriften, wie das in anderen Ländern geschieht.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Da wäre ich mir nicht so sicher!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Bayern können sich auf die CSU verlassen. Wir nehmen die Herausforderungen der Zukunft in ihrer ganzen Bandbreite an. Die Vielfalt der Lebensbereiche bilden wir mit insgesamt 258 Förderprogrammen ab. Keine Sorge, ich werde sie jetzt nicht alle aufzählen. Ich möchte aber ein paar Programme erwähnen.

Herr Rinderspacher, Sie sprechen immer vom Wohnungsbau. Das ist natürlich richtig. Ich sage Ihnen

aber: Ich halte es für keine durchdachte und vernünftige Politik, dass Sie dieses Thema im letzten Jahr, als längst absehbar war, was für eine massenhafte Migration wir in unserem Land bekommen werden, überhaupt nicht aufgegriffen haben. Sie waren sogar gegen alle Maßnahmen der Begrenzung. Heute stellen Sie sich hin und sagen: Bayern muss 100.000 Wohnungen bauen. So geht es nicht!

(Beifall bei der CSU)

Ohne uns wäre die Situation noch wesentlich schwieriger geworden, weil wir dann höhere Zugangszahlen gehabt hätten. Sie sagen, in bayerischen Städten sei der Wohnraum knapp. Das stimmt. Ich sage Ihnen auch, warum: In Bayern hat sich die Bevölkerungszahl innerhalb kürzester Zeit von 11 auf 13 Millionen Menschen erhöht. Da brauchen wir natürlich zusätzlichen Wohnraum. Die Länder, in denen Sie regieren, haben dieses Problem nicht. Dort wird mit den Füßen abgestimmt. Dort gehen die Leute weg und kommen nach Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir tun alles, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wir haben dafür knapp 620 Millionen Euro im Doppelhaushalt zur Verfügung gestellt. Wir fördern aber auch die Kultur, die Heimatpflege, die Volksmusik, die Mittagsbetreuung an den Schulen oder Stipendien für Medizinstudenten, die nach ihrer Ausbildung mindestens fünf Jahre im ländlichen Raum bleiben. Außerdem fördern wir die Elektromobilität. Mit all diesen Förderprogrammen erhalten wir unser Land lebenswert und geben die Impulse, die den Fortschritt in Bayern möglich machen. Liebe Fraktionskolleginnen und -kollegen, Sie hätten jetzt die Blicke in den Reihen der SPD und der GRÜNEN sehen sollen, dieses Entsetzen, weil ich das Wort "Fortschritt" in den Mund genommen habe. Für die SPD heißt Fortschritt in der Regel Gleichmacherei. Für die GRÜNEN und die SPD ist nur das Fortschritt, was den Steuerzahler noch stärker belastet.

(Beifall bei CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kreuzer, das sind hochprozentige Argumente! – Natascha Kohlen (SPD): Das nenne ich echt Niveau!)

– Sie haben doch schon wieder ein Steuererhöhungsprogramm in petto, wie vor der letzten Wahl auch. Neue Steuern, höhere Steuern, mehr Steuern. Die CSU in Bayern zeigt dagegen, was soziale und nachhaltige Politik ist und wie wir das Land für die Zukunft fit machen können. Wir können sozial sein, ohne alle über denselben Kamm scheren zu müssen. Wir haben das mit dem Betreuungsgeld bewiesen. Meine

Damen und Herren, das ist der Unterschied. Sozialistische Familienpolitik heißt:

(Widerspruch bei der SPD)

Wir schreiben den Eltern vor, wie sie ihre Kinder zu erziehen haben. Das tut die CSU nicht!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben deshalb enorm viele Krippenplätze geschaffen. Sie kritisieren immer, dass deren Zahl nicht ausreiche. Ich sage Ihnen: Jede Gemeinde – und die Gemeinden sind dafür zuständig – kann jederzeit und ohne Bedarfsprüfung eine Krippe bauen, die hoch bezuschusst wird, wenn ein Bedarf da ist. Unser Ziel ist ein bedarfsgerechter Krippenbau. Wir bauen nur so viele Krippen, wie von den Eltern nachgefragt werden, weil wir nicht wollen, dass den Eltern ein Krippenbesuch ihrer Kinder vorgeschrieben wird.

(Beifall bei der CSU)

Die größten Probleme haben wir in der Landeshauptstadt München.

(Hans Herold (CSU): Hört, hört!)

Hier fehlen die meisten Plätze für die Kinderbetreuung. Ich werfe das aber niemandem vor, weil ich weiß, dass derzeit nicht mehr Fachpersonal zu bekommen ist. Zeigen Sie mir aber einmal die Landkreise, in denen Eltern sagen: Wir wollen Krippenplätze; es stehen aber keine zur Verfügung. In meiner Heimatstadt Kempten mussten schon die ersten Kindergartengruppen schließen, weil keine Nachfrage besteht. Wir bauen nur so viele Krippen, wie nachgefragt werden. Das Gleiche gilt für die Ganztagschule. Die Garantie gilt: Jedes Kind, das einen Platz an einer Schule nachfragt und eine ganztägige Betreuung will, wird bis zum Jahr 2018 einen Platz bekommen.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist schlicht die Unwahrheit!)

Meine Damen und Herren, Sie nehmen die Zahlen der gebundenen Ganztagschule und sagen, diese Zahlen gingen zurück. Damit verkennen Sie vollkommen, dass die Eltern dieses Angebot zum Großteil nicht wollen, sondern sich für die Beschulung ein flexibles Angebot wünschen.

(Beifall bei der CSU)

Häufig tritt der Fall ein, dass dort, wo eine offene Ganztagsbetreuung aufmacht, die gebundene Ganztagsbetreuung nicht mehr nachgefragt wird. Aber auch hier gilt: Jedes Kind, das dies möchte, wird einen Ganztagsbetreuungsplatz in diesem Zeitraum

erhalten. Wir sind hier auf einem guten Weg. Im Übrigen haben 100.000 Menschen das Betreuungsgeld beantragt und es auch bewilligt bekommen. Sie würden diesen Menschen diese Leistung am liebsten morgen wieder wegnehmen.

(Beifall bei der CSU)

Der tatkräftige Einsatz unserer Bürgerinnen und Bürger, das zukunftsorientierte Handeln unserer Unternehmen und eine kluge Politik haben Bayern zu einem weltweit führenden Wirtschaftsstandort gemacht. Bayern hat sich von einem Agrarland zu einem Industrieland entwickelt. Edmund Stoiber hat den Freistaat zum Hightech-Standort gemacht. Heute gestalten wir mit Horst Seehofer den digitalen Aufbruch. Bis zum Jahr 2020 stellen wir 500 Millionen Euro für Innovationen, digitales Know-how und digitale Gründer im Rahmen der Zukunftsstrategie BAYERN DIGITAL bereit. Vor wenigen Wochen ist das Förderprogramm Digitalbonus von Ilse Aigner gestartet, mit dem kleine und mittlere Betriebe externe Hilfe für Digitalisierungskräfte in Anspruch nehmen können. Allein dafür stellen wir 80 Millionen Euro zur Verfügung.

Wir haben Bayern durch Investitionen in Wissenschaft und Forschung stark gemacht und setzen dies auch in Zukunft fort. Das reicht von der Gründung der Fachhochschulen in den Siebziger- und Neunzigerjahren bis zum Zentrum Digitalisierung.Bayern. Wir haben eine hervorragende Regionalisierungsstrategie für unsere Hochschulen. Global Player wie IBM und Google entscheiden sich heute aus guten Gründen für Bayern als Standort für ihre Zukunftstechnologien. Die Unternehmen in Bayern sind international wettbewerbsfähig und weltweit erfolgreich. Außenhandelsrekord folgt auf Außenhandelsrekord.

Die bayerischen Hidden Champions, die erfolgreichen Global Player und der starke Mittelstand fühlen sich in allen Landesteilen Bayerns zu Hause. Erst kürzlich wurde von einer Studie, die das Magazin "FOCUS" in Auftrag gegeben hat, bestätigt, was das Institut Prognos und viele andere schon festgestellt haben: In Bayern ist die Zukunft zu Hause. Bayerns Landkreise sind bei der Wirtschaftskraft und den Zukunftsperspektiven an der Spitze. Unter den deutschen Top 20 finden sich allein 17 bayerische Landkreise.

(Beifall bei der CSU)

Die restlichen Landkreise der Top 20 liegen in Baden-Württemberg. Sie profitieren noch von der guten Politik der vorletzten Periode.

(Beifall bei der CSU – Franz Schindler (SPD): Da muss er selber lachen!)

Hier zeigt sich vor allem: Erfolgreiche Firmen sitzen nicht nur in München. Erfolgsgeschichten werden in ganz Bayern geschrieben, in Franken genauso wie im Allgäu, am Alpenrand genauso wie in Niederbayern und der Oberpfalz. Das ist uns wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, unsere starke Wirtschaft ist auch ein Schlüssel für die erfolgreiche Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt. Seit Oktober 2015 haben in Bayern bereits 40.000 Flüchtlinge einen Praktikanten-, Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag abgeschlossen, in Nordrhein-Westfalen nicht einmal 2.000. Das sind gewaltige Unterschiede, wenn nur gesprochen wird, anstatt etwas zu leisten.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang bei der bayerischen Wirtschaft, bei unseren Handwerkern, bei unseren mittelständischen Firmen, bei allen, die hier etwas beitragen, ganz herzlich bedanken. Auch die bayerische Wirtschaft ist in dieser Beziehung Spitze, meine Damen und Herren. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern haben Menschen mit Migrationshintergrund mit einer Erwerbsquote von 75 % bundesweit die mit Abstand besten Teilhabechancen. Im neuen Doppelhaushalt sind rund 4,6 Milliarden Euro für den Bereich "Zuwanderung und Integration" vorgesehen. Mit dem Bayerischen Integrationsgesetz haben wir in der vergangenen Woche die Grundlage dafür gelegt, die Migranten noch besser in unsere Gesellschaft zu integrieren.

(Florian von Brunn (SPD): Wer hat das denn aufgeschrieben?)

– Das braucht man nicht aufzuschreiben. Das habe ich immer schon gesagt, Herr von Brunn. Während Integration für Rot-Grün bedeutet, dass wir uns am besten an die Migranten anpassen sollen,

(Margit Wild (SPD): Das ist billige Polemik, so billig!)

sagen wir hier ganz klar: Wir werden uns nicht in der Mitte treffen, sondern wir werden Integration so gestalten, dass sich Migranten in die bestehende Gesellschaft eingliedern, meine Damen und Herren. Dies erwarten die Menschen in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir können auf keinen Fall Zuwanderung ins Sozialsystem zulassen.

(Natascha Kohnen (SPD): Dagegen wehren Sie sich bis zur letzten Patrone!)

Dies wäre ungerecht gegenüber den anderen Menschen, vor allem gegenüber den Leistungsträgern, den ganzen Beschäftigten, allen Arbeitnehmern in diesem Land. Diese müssen zu Recht erwarten können, dass die Migranten ihren Lebensunterhalt am Ende des Tages selbst verdienen. Deswegen werden wir alles dafür tun, dass dies möglich ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Überzeugung der CSU war immer schon, den Wandel nicht zu erleiden, sondern zu gestalten. Das ist uns in Bayern in den letzten 70 Jahren hervorragend gelungen. Wir wollen diesem Anspruch weiter gerecht werden. Mit dem Gespür für die Anliegen der Menschen, mit der Sensibilität für bayerische Traditionen und das bayerische Lebensgefühl und mit dem Weitblick für zukunftsweisende Entscheidungen wird die CSU-Fraktion im Schulterschluss mit der Staatsregierung Bayern auch in Zukunft erfolgreich gestalten. Dafür legt dieser Doppelhaushalt die Grundlagen. Die Menschen in Bayern wollen, dass Bayern weiterhin erfolgreich ist, dass Bayern ein soziales Land ist, dass Bayern ein liberales Land ist, dass Bayern ein wirtschaftsstarkes Land ist und dass Bayern ein sicheres Land ist.

(Florian von Brunn (SPD): Sie wollen alles haben!)

Die Menschen wollen, dass Bayern Bayern bleibt, meine Damen und Herren. Wir von der CSU werden alles dafür tun, den Menschen diesen Wunsch auch in Zukunft zu erfüllen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute die finanzpolitischen Eckdaten für die Gestaltung Bayerns in den nächsten zwei Jahren. Dabei sind wir FREIE WÄHLER der Überzeugung: Wir müssen als Freistaat Bayern mehr in die Zukunft unserer Kinder investieren. – Herr Seehofer, Sie haben Bayern als blühendes Land beschrieben. Ich will Bayern nicht schlechtreden; denn auch die Frau Bundeskanzlerin hat vor wenigen Tagen gesagt: Es ging den Menschen in Deutschland noch nie so gut wie derzeit. Das mag für viele gelten, soll aber nicht heißen, dass wir die Hände in den Schoß legen und sagen: Es passt schon so, wir machen weiter so. Nein, wir müssen ganz gezielt das in unserer Macht Stehende tun, um

die Verhältnisse zu verbessern. Da sind wir der Überzeugung, dass Bayern durchaus noch Luft nach oben hat und dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten noch etwas bewegen können.

Beginnen wir doch ganz vorne, wenn wir von der Zukunft unserer Kinder sprechen. Beginnen wir dort, wo das Leben beginnt. Beginnen wir im Bereich der Geburtshilfe, im Bereich der Hebammen. Herr Ministerpräsident, in Schrobenhausen wurde vor Kurzem die Geburtshilfe geschlossen, weil nicht genügend Hebammen zur Verfügung standen. Vielleicht negieren einige das Problem und sagen: Das interessiert uns nicht, wir haben größere Ziele, wir bauen dritte Startbahnen. Aber wir FREIE WÄHLER sagen ganz klar: Wer kein Geld hat, um die Zukunft der Hebammen zu gestalten, braucht auch keine dritte Startbahn zu bauen. Die Entwicklungen widersprechen sich irgendwo, wenn wir uns nur auf die großen Themen dieser Welt konzentrieren und das Leben vor der eigenen Haustür laufen lassen.

Deshalb ist ein Ansatz der FREIEN WÄHLER, zur Stärkung des Hebammenwesens Mittel einzustellen, um die freiberuflichen Hebammen zu unterstützen. Ich habe darüber vor einigen Tagen mit unserer eigenen Hebamme gesprochen, auch darüber, die vielleicht umstrittene Thematik der Akademisierung des Hebammenberufs noch einmal auf die Tagesordnung zu bringen. Sie sagt: Wenn wir diesen Beruf aufwerten und mit besserer Bezahlung hinterlegen wollen, dann sollten Hebammen einen akademischen Grad erwerben können. Ich meine, es gibt Berufe und Lebensbereiche in dieser Republik, wo man für weniger wichtige Dinge akademische Grade verleiht. Ich bin überzeugt, dass wir hier für mehr Qualität sorgen und diesen Bereich stärken müssen.

Es ist ein Trauerspiel, dass sich mittlerweile rund 15 Bürgermeister zusammenschließen haben müssen. In Bad Tölz ist das so. Ich habe gestern mit einem Vilsbiburger Kollegen, nämlich Helmut Haider, gesprochen. Dort hat man Angst um die Geburtshilfeabteilungen, weil sie unter den ominösen 600 bis 800 Geburten pro Jahr liegen, die als Mindestzahl für die Rentabilität angesehen werden. Meine Damen und Herren, wenn es um Gesundheit, Wohlbefinden und Geburten geht, darf nicht die Rentabilität ganz vorne stehen, sondern da muss der Mensch ganz vorne stehen. Da muss man sich kurze Wege zur Entbindungsstation leisten und darf nicht sagen: Zur Not kommt das Kind im Auto auf die Welt. Wir haben schließen müssen, weil es sich nicht rentiert hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wer dort nicht investiert, wird sich bei vielem Weiteren vorhalten lassen müssen, die Gewichte nicht richtig zu setzen.

Wir bleiben als FREIE WÄHLER beim Thema Bildung und sind der Überzeugung, dass im gesamten Bereich der frühkindlichen Betreuung mehr Qualität nötig ist und mehr Qualität eingefordert werden muss. Das ist natürlich ein Entwicklungsprozess. Das geht nicht auf Knopfdruck. Wir werden hier noch sehr viel tun müssen, um Alleinerziehenden die Gewissheit zu geben: Wenn ich mal nicht da bin, dann ist eine optimale Kinderbetreuung organisiert. Meine Damen und Herren, an dieser Stelle ist das Beste gerade gut genug.

Wir gehen weiter und fordern, hier weitere finanzielle Entlastungen ins Auge zu fassen. Das letzte Kindergartenjahr ist jetzt Gott sei Dank kostenfrei gestaltet. Denken wir darüber nach, Kostenfreiheit für die weiteren Kindergartenjahre Zug um Zug einzuführen. Denken wir hier an Entlastungen. Das sind an die 120 Millionen Euro pro Kindergartenjahr und -jahrgang. Ich glaube, damit würden wir uns nicht am Haushalt vergeifen und ganz klare Zeichen zur gezielten Entlastung der Familien setzen.

Es geht weiter im Bildungsbereich, wo wir immer schon die Bildung kleinerer Klassen und die Beschäftigung von mehr Lehrern fordern. Auch hierzu liegt eine Resolution der Bürgermeister aus dem Landkreis Landshut vor, wonach wir bei 25 Kindern den Deckel drauflegen sollten, gerade auch vor dem Hintergrund, dass immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund irgendwann während des Jahres kommen und die Lehrer dann überfordert sind. Stichwort: kleinere Klassen; Stichwort: pädagogische Zweitkraft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiterer uns wichtiger Punkt ist die Stärkung der Realschulen. Auch dort haben wir nach wie vor übervolle Klassen und zu wenig Lehrer. In unserem Haushaltsentwurf ist irgendwo vorgesehen, dafür ein bisschen über 10 Millionen Euro auf den Tisch zu legen, meine Damen und Herren. Dann wäre auch dort etwas zu bewegen. Die Realschulverbände sind nicht die ganz großen Revoluzzer, aber sie sind trotzdem der Meinung, dass Gutes noch besser gemacht werden muss.

Genauso sehen wir es im Bereich des Berufsschulwesens. Die Berufsschulen stehen ein wenig im Windschatten der Aufmerksamkeit. Dort sind auch brave Leute, die ihre Arbeit machen und sagen: Wir wollen nicht zu viel schimpfen. Aber wir hören auch hier vermehrt vor allem von den Schulleitungen, dass sie in einer Berufsschule heute sehr viel zu bewältigen

haben und als Schulleitung Führungsaufgaben zu erledigen haben, die nicht entsprechend honoriert werden.

All das sind kleine Dinge. Aber wir drehen an kleinen Rädern. Ich glaube, dass diese Debatten fruchtbarer sind, als wenn wir uns hier die Köpfe einschlagen, ob Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen größere politische Fehler macht. Dort haben wir nicht mitzuregieren. Wir haben heute darüber zu diskutieren, wie wir Bayern besser machen. Wir liefern dazu unsere Vorschläge,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

wenngleich das für den einen oder anderen vielleicht Kleingemüse ist.

Meine Damen und Herren, wir machen mit dem Gymnasium weiter. Heute habe ich Aussagen zur Zukunft des neunjährigen Gymnasiums vermisst. Herr Spaenle hat sehr aufmerksam die Ohren gespitzt, als Sie von der Bildung gesprochen haben. Ich habe gesagt: Gleich kommt das Gymnasium. Leider haben Sie das Gymnasium nicht angesprochen. Herr Seehofer, machen Sie zeitnah für alle Schüler, die das wollen, den Weg frei für ein G 9. Lassen Sie sich nicht mit Leuten aus dem Kultusministerium auf Spielchen ein. Möglicherweise sitzen da noch Stoiberianer, die ihr Lebenswerk in Gefahr sehen, wenn das G 8 abgeschafft wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen im Sinne unserer Kinder entscheiden. Am Ende werden sich 70 bis 80 % der Schülerinnen und Schüler für das G 9 entscheiden. Ein paar Schülerinnen und Schüler bekommen ein G-8-Modell angeboten. Das wird sich geben. Machen Sie den Weg frei. Lassen Sie sich nicht verschaukeln. Im Kultusministerium wird auf Zeit gespielt. Es werden ständig neue Hürden aufgestellt, um nicht zugeben zu müssen, dass das G 8 ein politischer Fehler war.

Meine Damen und Herren, nach dem Gymnasium ist für uns die Welt noch nicht zu Ende. Wir sagen gar nicht, dass jeder auf das Gymnasium gehen muss. Wenn wir diesen Weg jedoch weitergehen, kommt die Hochschule. Dort ist im wissenschaftlichen Mittelbau sehr viel zu leisten. Der wissenschaftliche Mittelbau muss dringend gestärkt werden. Würde man gezielt einige zehn Millionen Euro in die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und in die allgemeinen Hochschulen investieren, wäre dort das größte Feuer gelöscht. Auch bei den Professuren sollte etwas nachgebessert werden. Wenn wir dies machen, wäre die Welt weitgehend in Ordnung. Vielleicht können wir in einigen Jahren von blühenden Landschaften spre-

chen. Durch die Abschaffung der Studiengebühren sind jedoch Löcher entstanden, weil der Freistaat Bayern seiner Zusage, das Weggefallene voll zu ersetzen, nicht ganz nachkommt. Tun Sie das, auch im Sinne des Bildungsstandorts Bayern. Werten Sie die Hochschulen ein bisschen auf. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dort ist noch Luft nach oben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Genauso wie wir uns für die Renaissance des neun-jährigen Gymnasiums eingesetzt haben, werden wir FREIEN WÄHLER auch nicht müde, immer wieder auf den guten alten Diplom-Ingenieur hinzuweisen. In nicht wenigen Hochschulen ist dieser noch erwünscht und sollte vielleicht als Ergänzung zum Bachelor und Master wiederbelebt werden. Damit wäre an den Hochschulen eine Qualitätssicherung möglich, die aus einer falsch verstandenen Globalisierungseuphorie wegradiert worden ist. Wir wollen Bewährtes erhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unser Leib- und Magenthema sind die Kommunen. Dort sehen wir ebenfalls Verbesserungsbedarf. Heute fordern wir zum wiederholten Mal, endlich den Kommunalanteil am Steuerverbund auf 15 % zu erhöhen. Das muss zwar nicht auf einen Schlag passieren, aber setzen Sie dies Schritt für Schritt um. Es wäre gut gewesen, wenn dies schon längst geschehen wäre. Vieles an Lebensqualität draußen in den Kommunen, vom Geh- und Radweg über die Abwasserbeseitigung bis hin zur Sanierung der Kindergärten und Schulen, misst sich daran, ob eine Kommune die Mittel dafür hat oder nicht. Die Lebensqualität hängt davon ab, ob die Kommune sparen muss oder das Wesentliche umsetzen kann.

Wenn Sie diesen Schritt nicht gehen, haben wir Ihnen als Erinnerungsposten in den Haushaltsentwurf geschrieben: Sonderförderprogramme für die Wasserver- und Abwasserentsorgung. Insbesondere dünn besiedelte Kommunen haben die größten Probleme, die alten Kanäle zu sanieren und die Wasserleitungen intakt zu halten. Das ist für den Anschlussnehmer kaum bezahlbar. Legen Sie etwas drauf! Die Kommunen brauchen dieses Geld.

Herr Ministerpräsident, vorher haben Sie von blühenden Landschaften gesprochen. Das passt nicht zusammen. Parallel zur Rede von den blühenden Landschaften definiert Herr Minister Söder das halbe Land als Land mit besonderem Handlungsbedarf. Warum sollte man Gebiete besonders behandeln, wenn ohnehin alles passt?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sagen nicht, dass alles schlecht ist. Wir sagen aber auch nicht, dass alles blüht. Stattdessen wollen wir gezielt dort nachbessern und die Blumen gießen, wo sie zu verwelken beginnen. Das ist häufig im ländlichen Raum der Fall. Dazu zählen die Wasserver- und Abwasserentsorgung und das schnelle Internet. Lassen wir uns nicht einlullen. Das schnelle Internet muss ebenfalls gestärkt werden. Gerne können wir im Zusammenhang mit dem Thema Wirtschaft und Mittelstand darauf zu sprechen kommen. Die Gigabit-Offensive für den Mittelstand ist längst überfällig, aber unterfinanziert. Das gilt ebenso für Industrie 4.0. Das sind lauter schwülstige Überschriften, die zu wenig mit Mitteln hinterlegt werden. Herr Söder sagt, bis zum Jahr 2023 solle Bayern flächendeckend über Internet mit einer Geschwindigkeit von 50 Megabit pro Sekunde verfügen. Das würde ich mir wünschen. Die Experten sagen jedoch, dass man bis dahin 500 Megabit pro Sekunde brauchen werde. Wir brauchen das Glasfaserkabel.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Gigabit!)

– Nein, es sind 500 Megabit pro Sekunde in jedem Haushalt. – Hätte man das Glasfaserkabel irgendwann ins Auge gefasst, wären wir am Ende vielleicht an diesem Ziel angekommen.

Damit will ich sagen: Lassen wir uns nicht einlullen. In meiner eigenen Kommune, in der Stadt Rottenburg an der Laaber, sehe ich Koordinationsprobleme zwischen den verschiedenen Telekommunikationsanbietern, die sich gegenseitig im Wege stehen. Dort hat es über mehrere Jahre hinweg ein riesiges Ausschreibungsprozedere gegeben. Jetzt stehen sich diese Anbieter gegenseitig im Weg. Man hat fast den Eindruck, sie gönnen sich gegenseitig den Erfolg nicht. An dieser Stelle muss man nachbessern. Herr Söder – das habe ich Ihnen gesagt –, wir hätten gerne bis zum Jahr 2023 ein flächendeckendes Internetangebot mit einer Geschwindigkeit von 500 Megabit pro Sekunde und nicht 50 Megabit pro Sekunde. Vielleicht denken Sie darüber nach, wie Sie das hinkriegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Söder grübelt. Wir brauchen diese Ziele, weil man mit der Gigabit-Offensive für den Mittelstand dokumentiert und beweist, dass man dort Chancen für die Wirtschaft sieht. Dann kann man jedoch nicht sagen, dass man mit 50 Megabit pro Sekunde zufrieden ist. Das widerspricht sich schon im Ansatz. Jeder in diesem Land soll diese Chancen haben. Wenn wir die Firmen draußen auf dem Land halten wollen, sind 50 Megabit pro Sekunde zwar nice to have, aber irgendwie schon fast wieder Schnee von gestern. Wir müssen noch eine Schippe drauflegen. Länder in Ost-

asien und im Baltikum haben uns längst überholt. Wenn Bayern wieder an die Spitze kommen will, muss Bayern drauflegen. Ich weiß, dass Sie eine schwere Erbschaft im Nacken haben. Der ehemalige Wirtschaftsminister hat durch seine Nicht-Politik gegläntzt. Das muss aufgearbeitet werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie den Kommunen die lange Leine. Lassen Sie die Kommunen sich entwickeln. Wir sind davon überzeugt, dass die Kommunen dies honorieren werden. In den Kommunen kann viel entschieden werden, was uns entlastet. Gehen wir weg vom goldenen Zügel und geben den Kommunen mehr finanzielle Grundausrüstung. Auf diese Weise wird mit demselben Geld mehr erreicht.

Zum Thema Wirtschaft und Mittelstand möchte ich noch einmal betonen: Wir FREIEN WÄHLER sind der Überzeugung, dass eine erfolgreiche Mittelstandspolitik die beste Wirtschaftspolitik für den Freistaat Bayern ist. Wir stellen fest, dass viele Fehler gemacht worden sind. Herr Seehofer, ich war verwundert, dass Sie in den letzten Tagen Frau Nahles gelobt haben. Sie haben ihr sogar die CSU-Mitgliedschaft angeboten. Frau Nahles hat jedoch viele Wirtshäuser und Mittelstandsbetriebe auf dem Gewissen. Sie hat eine überzogene Mindestlohnbürokratie betrieben. Ehrlich gesagt hoffe ich nicht, dass die CSU so weit gesunken ist, Frau Nahles als ihre wirtschaftspolitische Leuchte auszuzeichnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie hat sehr viel an Bürokratie verbrochen, was jetzt rückgängig gemacht werden muss. Ich habe erst bei der Sternstunden-Gala mit Vertretern des deutschen Hotel- und Gaststättengewerbes gesprochen, die sagen: In der Branche muss deutlich entrümpelt und entbürokratisiert werden. Wir haben Probleme mit der Arbeitszeitverordnung. Sie muss praxistauglicher gestaltet werden. Werden Sie dort tätig. Bereits im Jahre 2008 haben 30.000 Gastwirte in Bayern im Zusammenhang mit dem Nichtraucherschutz eine Wahl entschieden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Denken Sie daran, diesen Wirten den Rücken freizuschaukeln. Die Wirte sollten sich um ihre Gäste und nicht um den Papierkram von Frau Nahles kümmern.

Damit ist angedeutet, dass der Mittelstand sehr wichtig ist. Mich wundert, dass meine Vorredner mit keiner Silbe die Freihandelsabkommen TTIP und CETA erwähnt haben. Man könnte jetzt sagen, dass sich TTIP sowieso erledigt hat. Wenn Herr Trump zu Besuch

kommt, könnten Sie sich dieses Thema eventuell wirklich als Erfolg einsacken. TTIP wäre dann erledigt. Das Freihandelsabkommen CETA steht noch im Raum. Sie sind zwar Anhänger von CETA, aber Sie haben es nicht erwähnt. Wenn Sie in CETA die große wirtschaftspolitische Zukunft sehen, dann wundert mich, wieso dieses Thema nicht direkt in der Überschrift oder im Wirtschaftsblog angesprochen worden ist. Das Thema wurde einfach totgeschwiegen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das kann auch sein, weil das eine Haushaltsdebatte ist!)

Ich hoffe, dass CETA nicht kommt. Es würde viele ins Mark treffen. Mit dieser Sorge bin ich nicht alleine. Die Landwirte haben auch große Sorge, wie es weitergehen wird. Natürlich heißt es, dass nichts über unsere Grenzen kommen wird, was nicht erwünscht ist. Wahrscheinlich wird die Realität aber anders aussehen. Vor wenigen Tagen ist in Kanada und in den USA ein patentierter Lachs auf den Markt gekommen. Dieser wächst zwei- bis viermal schneller als ein herkömmlicher Lachs, weil er mit einem Wachstumsgen versehen worden ist. Dieses wurde ihm implantiert. Solche Dinge wollen diese Leute auf unseren Märkten platzieren. Wenn auf einem Silvesterempfang Lachsbrotchen angeboten werden, wird keiner dokumentieren können, ob es dieser oder jener Lachs ist. Diese Dinge machen mir Sorgen. Diese Dinge bereiten mir Sorge um unsere Bauernhöfe. Ich appelliere an Sie, in diesem Bereich weiterhin genau hinzuschauen.

Beim Thema Milchkrise sollten Sie auch nicht glauben, dass die Sache vorbei sei und es wieder aufwärtsgehe. In Bayern gibt es derzeit noch 32.000 Milchbauern. Bei der letzten Krise sind ein paar Tausend Milchbauern auf der Strecke geblieben. Dies können Sie Ihrem Agrarminister Schmidt ins Stammbuch schreiben. Er hat zu spät reagiert. Er hat bis kurz vor Schluss daran festgehalten, keine Entschädigung für Produktionsverzicht zahlen zu wollen. Ganz zum Schluss hat er dies aber zugelassen. Der aus Bayern kommende Agrarminister hat dann der Entschädigungsregelung in Berlin zugestimmt. In kürzester Zeit haben sich die Supermarktketten genötigt gesehen, bei den Verträgen mit den Molkereien ein paar Cent draufzulegen. Allein das politische Signal hat bereits gewirkt. Behalten Sie dieses Werkzeug in der Schublade. Greifen Sie schneller zu dieser Waffe, wenn die Milchpreise wieder in den Keller gehen. Sagen Sie nicht: Ja, das wissen wir nicht genau; halten wir uns mal die Augen zu; wurschteln wir uns mal so durch. – Nein, die Bauern brauchen nicht nur beim Milchhandel, sondern auch beim Fleischhandel klare Perspektiven.

Wir wollen unsere bäuerliche Landwirtschaft flächen-deckend erhalten. Dafür wird zwar im Kulturland-schaftsprogramm vieles getan – das hat der Kollege Kreuzer bereits dargestellt –, trotzdem haben wir hier eine Aufrundung gewünscht. Ob diese kommen wird oder nicht, wissen wir nicht. Aber ich hoffe es. Es wäre Geld, das direkt bei den Bauern ankommt. Die-ses könnten sie auch für die Landschaftspflegemaß-nahmen verwenden, die man sonst so selbstverständ-lich mitnimmt. Wenn die Bauern weg wären, würde man erst den Verlust sehen. Tun Sie hier noch ein bisschen mehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiteres großes Themenfeld, bei dem Bayern etwas tun kann und dringend etwas tun muss, ist der Personalmangel in den Verwaltungsgerichten. Ich ver-weise hier auf die heutige Tickermeldung aus den Verwaltungsgerichten. Die Verwaltungsgerichte rufen wieder einmal um Hilfe. Sie fordern mehr Personal. Herr Seehofer, Sie können sich daran erinnern, dass ich Ihnen vor über einem Jahr gesagt habe, dass Sie sich dafür einsetzen sollen, mehr Verwaltungsrichter-stellen zu schaffen. 26 Stellen wurden geschaffen, aber wir brauchen mindestens 50 Stellen. Wir haben 50 Stellen gefordert, und die Hälfte wurde genehmigt. Heute fordern die Verwaltungsrichter, dass Sie wieder Stellen drauflegen. Es wird nicht, wie geschätzt, in 15.000 Asylverfahren geklagt, sondern in 20.000. Im Jahr 2012 sind noch 3.000 Fälle vor Gericht gelandet. Mittlerweile weiß aber jeder, wie das geht, und klagt einfach vorsichtshalber. Es gibt momentan 20.000 Fälle von Asylbewerbern, die das Land verlas-sen sollten, aber erst einmal klagen. Diese Klagen landen vor den Gerichten. Der Freistaat könnte sein Geld hier bestens anlegen, wenn er mehr Stellen schaffen würde. Damit könnten die Verfahren be-schleunigt werden. Dies sind wir nicht nur den Mitar-beitern in der Justiz, nicht nur den Flüchtlingen und nicht nur denjenigen schuldig, die sich auf Asyl beru-fen, sondern auch unserer Bevölkerung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Damit können wir zeigen, dass wir etwas für das Funktionieren unseres Staatsapparates tun. Wir tun alles, was in unserer Möglichkeit steht. Das ist mir tausend Mal lieber, als ideologisch über Obergrenzen oder Sonstiges zu sprechen. Wir müssen das tun, was wir tun können. Das tun wir an dieser Stelle nicht. Daher richte ich noch einmal meinen Appell an Sie: Bessern Sie im Bereich der Justiz, der Verwaltungs-gerichte, der Staatsanwälte, der Richter und des Jus-tizpersonals deutlich nach, damit wir diese Behörden wieder flott bekommen! Die Leute dort haben auch noch etwas anderes zu tun, als lediglich Asylverfah-

ren abzuurteilen. Wir müssen die Justiz klar als Standortfaktor Bayerns sehen. Bisher war unser gro-ßer Pluspunkt, dass in Bayern die Dinge schnell und wasserdicht ablaufen. Das soll auch so bleiben. Zu-künftig sollen Grundstücksstreitigkeiten und Nachbar-schaftsstreitigkeiten nicht hintangestellt werden, weil wir um das knappe Personal konkurrieren. Herr Minis-terpräsident, legen Sie hier noch ein paar Köpfe drauf. Diese tun uns gut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind auch der Überzeugung, dass wir uns in der Verkehrspolitik auf das Machbare konzentrieren müs-sen. In den letzten Jahren haben wir hierzu eine riesi-ge Debatte erlebt. Herr Seehofer, Sie waren bereits im Jahre 2008 dabei. Damals ging es darum, einen Koalitionspartner zu finden. Sie haben damals mit der FDP und mit uns gesprochen. Ich habe Ihnen damals gesagt, dass das Thema dritte Startbahn in den nächsten Jahren keine Rolle spielen wird. Das Thema ist kein Thema von heute und morgen. Jetzt, acht Jahre später, kann man sagen, dass ich recht behal-ten habe. Das Thema dritte Startbahn wird weiter auf-geschoben. Sie haben gesagt, dass Sie Ende 2015 eine Entscheidung treffen werden. Dann haben Sie gesagt, dass Sie im Frühjahr 2016 und dann im Som-mer 2016 eine Entscheidung treffen wollen. Jetzt wird das Thema auf 2017 vertagt. Wir schieben das Thema jetzt seit Jahren vor uns her. Okay, es gibt keine neuen Entwicklungen. Wenn sich die Stadt München nicht bewegt, ist alles, was wir hier reden, heiße Luft. Konzentrieren wir uns auf das Machbare.

In einem Nebensatz sei noch Folgendes erwähnt: Ich warne davor, bei der zweiten S-Bahn-Röhre über un-kalkulierbare Risiken zu stolpern. Schauen Sie genau hin, ob Bayern am Ende diese Soße auch bezahlen kann. Ich will gar keine Vergleiche mit anderen Teilen der Republik machen, was uns im dümmsten Fall dro-hen kann. Machen Sie an dieser Stelle vernünftige Verkehrskonzepte, die auch bezahlbar sind. Machen Sie zunächst das, was naheliegend ist. Das wäre, im Regionalverkehr nachzubessern. Viele Gemeinden möchten einen zusätzlichen Bahnhof. Aber dieser wird den Gemeinden nicht gestattet. Auch ist die Bar-rierefreiheit angekündigt gewesen. Diese wurde nicht umgesetzt. Hier hätten wir wieder mit ein paar zehn Millionen Euro sehr viel bewegen können. Dies hätte draußen geholfen und die Landschaft in Bayern blüh-ender gemacht. Konzentrieren wir uns darauf. Ich höre regelmäßig von Bewohnern aus der Fläche, dass sie sich auf der einen oder anderen Strecke die Elektrifizierung und einen zusätzlichen Bahnhof wün-schen. Bei diesen Dingen ist mit wenig Aufwand viel bewegt. Den Leuten kann so schnell geholfen wer-den. Das wollen wir tun.

Eine weitere Forderung von uns zielt darauf, den Zustand der Staatsstraßen kritisch im Auge zu behalten. In einer Statistik hat es geheißen, dass die bayerischen Staatsstraßen in der Republik im schlechtesten Zustand wären. Diese Behauptung möchte ich so stehen lassen. Selbst wenn wir bei den Straßen im Mittelfeld sind, müssen wir etwas ändern. Landauf, landab sieht man, dass viele Staatsstraßen in einem schlechteren Zustand als die Kreisstraßen sind. Wenn man im Navi eine Kreisstraße angezeigt bekommt, dann denkt man sich: Okay, das geht gut. Fährt man plötzlich über eine holprige Straße und schaut auf das Navi, dann sieht man, dass es eine Staatsstraße ist. Die Staatsstraßen müssten im Gegensatz zu den Kreisstraßen in einem wesentlich besseren Zustand sein. Ich habe schon immer gesagt: Der Zustand einer Straße sagt viel über den inneren Zustand eines Landes aus. Als die Römer nicht mehr in der Lage waren, ihre Straßen ordentlich zu reparieren, hat das Römische Reich nicht mehr lange bestanden. Wir sollten hier gut hinschauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In der DDR war es übrigens genauso. Wir sollten hier genau hinsehen. Diese Probleme können mit einem vernünftigen Einsatz von Geldmitteln gelöst werden. Das ist der pragmatische Ansatz der FREIEN WÄHLER.

Zum Schluss sei noch etwas Visionäres zum Thema Wirtschaftspolitik gesagt. Wir sehen beim Tourismus durchaus noch Potenzial. Wir fordern also auch mehr Tourismusförderung. Sie haben vorhin die Sätze erwähnt, die viele Leute sagen, nämlich: Wo Sie sind, da wollen wir hin. Viele Leute wollen bei uns Urlaub machen. Diese sollen bei uns eine schöne Gastronomie, eine schöne Hotellerie und einen schönen Fremdenverkehr vorfinden. Wir müssen ein Stück weit konkurrenzfähig gegenüber Österreich und Tschechien werden. Vielleicht werden wir das nie ganz hinbekommen. Diesen Ländern ist es mit der Muttermilch eingeflößt, wie man Gäste begeistert. Das müssen wir vielleicht auf dem einen oder anderen Gebiet noch ein bisschen lernen. Bayern ist hier gut unterwegs. Bayern kann aber auch noch nachlegen.

Auch das Thema Energiepolitik will ich in meinen drei Minuten noch kurz streifen. Auch bei der Energiepolitik haben wir uns in den großen Themen verheddert. Das dominierende Thema der letzten Jahre waren die großen Stromtrassen. Keiner weiß, ob diese wirklich kommen und ob wir diese wirklich brauchen. Im Kleinen haben wir die erneuerbaren Energien abgewürgt. Wir haben vieles verhindert, was möglich wäre. Wir FREIE WÄHLER haben diverse Ansätze zum Haushaltsentwurf vorgeschlagen, zum Beispiel die Verbes-

serung der energetischen Sanierung staatlicher Gebäude. Dafür ist zwar einiges unternommen worden, aber bei Weitem noch nicht genug. Das Motto lautet: Energie, die ich einspare, brauche ich nicht zu erzeugen. Wir haben immer noch Polizeiinspektionen, die den Charme der Nachkriegszeit versprühen. Wenn der Wind geht, muss eine Decke vors Fenster gehängt werden, damit die Kerzen nicht ausgehen. Wir müssen die energetische Sanierung ganz nach vorne setzen. Wir müssen auch bei den erneuerbaren Energien Perspektiven eröffnen. Ich nenne als Stichworte nur Kraft-Wärme-Kopplung und dergleichen mehr. Das alles sind pragmatische Ansätze, die wir Ihnen vorschlagen.

Bayern war einmal Vorreiter bei den erneuerbaren Energien. Über die 10-H-Regelung mag man trefflich streiten. Das Urteil ist jetzt gesprochen, und Sie, die Regierung, haben sich so positioniert. Ich halte es trotzdem für schade, dass sich nichts mehr bewegt. Noch mehr schade finde ich, dass wir für die Speichertechnologie zu wenig tun. In Riedl bei Passau wäre sogar die Gemeinde für ein Pumpspeicherkraftwerk. Vom Betreiber hören wir, er würde gerne investieren, aber er wisse nicht genau, ob es sich rentiert. Auch dafür, dass sinnvolle Maßnahmen realisiert werden können, müssen wir Lösungen finden. Wir dürfen nicht auf die große Stromtrasse hoffen, die zig Milliarden kostet, und den Strom von Temelin oder sonst woher holen, während wir die Möglichkeiten, die wir haben, nicht ausschöpfen. Setzen Sie sich im Rahmen Ihrer bundespolitischen Möglichkeiten dafür ein, dass auch solche Projekte für Bayern und für die Menschen, die in den erneuerbaren Energien eine Chance sehen, vorwärtskommen. Das wäre mein Wunsch.

Meine Damen und Herren, ich habe heute versucht, ein breites Themenfeld abzudecken. Wir sollten uns auf das Machbare konzentrieren, damit das schöne Bayern noch besser wird.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Der ehemalige Bundespräsident Gustav Heinemann hat einmal gesagt: "Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte." Sie haben davon gesprochen, dass der Doppelhaushalt Ihr Kompass ist. Wenn man einen Kompass hat, sollte man aber auch wissen, was man verändern und was man bewahren möchte. Das haben Sie nicht gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE haben dazu eine ganz klare Meinung: Die natürlichen Lebensgrundlagen und die Würde der Menschen stehen bei uns ganz oben auf der Liste. Sie stehen ganz oben bei den Errungenschaften, die wir bewahren, schützen und erhalten wollen. Für die gleichen Chancen und für eine bessere soziale Teilhabe müssen wir natürlich auch in Bayern einiges verändern. Sie, die CSU-Regierung, stehen für uns im wahrsten Sinne des Wortes auf der anderen Seite. Ihre Politik zerstört das, was wir bewahren möchten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ein Land Steuereinnahmen in Rekordhöhe hat, dann hat es die Aufgabe, in den Bereichen, in denen wir dringend Erneuerungen brauchen, diese notwendigen Erneuerungen und Veränderungen voranzubringen. Genau dort blockieren Sie.

(Zuruf von der CSU: Wo zum Beispiel?)

– Kein Problem, ich komme noch dazu. – Ein weiteres Thema sind unsere Kulturschönheiten, die gewachsene Kulturlandschaft. Sie braucht Schutz vor der Politik dieser CSU-Regierung. Diese Regierung ist wirklich im Begriff, das Land für den schnellen Euro zu verscherbeln.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, auf der anderen Seite fehlt das Tempo. Wir haben nichts gegen Tempo, wenn es um Veränderungen geht. Der politische Wille, die Zuversicht und der Mut, etwas anzupacken, fehlen. Herr Ministerpräsident, vor zwei Stunden haben Sie gesagt, wir müssen weiter anpacken. Wo ist denn das weitere Anpacken bei der Energiewende?

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Wir sind Spitzenreiter!)

– Sie sind Spitzenreiter? Leider ist gerade die zuständige Ministerin nicht da.

(Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Aber der Staatssekretär ist da!)

Ich muss ganz ehrlich sagen, menschlich schätze ich Ihre zuständige Ministerin. Sie ist wirklich eine nette und sympathische Person. Ich spreche Sie, Herr Ministerpräsident, aber direkt an, weil Sie die Energiewende einmal zur Chefsache gemacht haben. Wo sind wir Spitzenreiter? – Sie haben gute Mitarbeiter. Die PR-Abteilung hat aber wirklich richtig Mist gebaut. Sie haben gesagt, Sie seien Spitzenreiter, aber nur 40 % der Bruttostromerzeugung in Bayern stammen aus erneuerbaren Energien. Das soll ein Spitzenplatz

sein? – Dumm ist nur, dass bereits im Jahr 2014 Hessen 41 % hatte. Bayern liegt auf Platz 7. Wir sind nicht auf Platz 1. Wir waren im Jahr 2001 auf Platz 1. Seitdem sind wir zurückgefallen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Energiewende befinden wir uns im wahrsten Sinne des Wortes seit drei Jahren in einer Seehofer-Flaute und hängen dort fest.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht weiter: Beim Ausbau des schnellen Internets geht nichts voran. Minister Markus Söder verbrennt viel Geld für veraltete Technologien. Die anderen Länder surfen uns davon.

Schauen wir auf die Bildungspolitik. Bildungschancen hängen in Bayern wie in keinem anderen Land vom Wohnort und vom Geldbeutel der Eltern ab. Das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Mottenkiste!)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist ... der besonderen Fürsorge jedes einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft anvertraut. ... Es gehört auch zu den vorrangigen Aufgaben von Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Boden, Wasser und Luft als natürliche Lebensgrundlagen zu schützen, ... die heimischen Tier- und Pflanzenarten und ihre notwendigen Lebensräume sowie kennzeichnende Orts- und Landschaftsbilder ... zu erhalten.

Das klingt doch fast wie aus dem Wahlprogramm der GRÜNEN, ist es aber nicht. Es ist Artikel 141 der Verfassung. Der gehört auch dazu. Ich gehöre seit 2008 dem Bayerischen Landtag an. Ich habe einige Kollegen, die deutlich länger dabei sind. Wenn ich über 20 Jahre darauf zurückblicke, was Sie für den Naturschutz getan haben, und wenn ich sehe, was Sie vorhaben, dann komme ich zu dem Ergebnis: Sie betreiben fortgesetzten Verfassungsbruch und nichts anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir als konkretes Beispiel das Riedberger Horn an. Sie wollen eine Skilifttrasse durch ein Schutzgebiet der Alpenschutzzone C legen. Das ist ein ganz klarer Fall von Umweltvandalismus, den Sie dort betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder schauen wir weiter. Das Anbindegebot – der zuständige Minister ist gerade leider nicht anwesend – war eigentlich das einzige Instrument, mit dem dem Flächenfraß irgendwie Einhalt geboten werden konnte. Sie und ganz vorne an der Spitze Ihr Heimatzerstörungsminister Markus Söder möchten das abschaffen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Sie reden jetzt aber nicht von den Kälbern?)

Die Landesplanung ist eine wirklich entscheidende Aufgabe, die der Staat ernst nehmen sollte. Deswegen heißt sie auch Landesplanung. Bei der Landesplanung stellen Sie einen Freibrief fürs Betonieren und Plattmachen unserer bayerischen Heimat aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich es deutlich in Erinnerung rufen. Erinnern Sie sich einfach einmal an Ihre Kindheit zurück. Blättern Sie im Fotoalbum einmal durch, wo Sie aufgewachsen sind, wo Sie in die Schule gegangen sind, wo Sie Ihre Jugend verbracht haben. Sie werden ganz schnell feststellen, dass da, wo sich früher ein Bach durch eine Wiese schlängelte, heute ein Baumarkt steht. Wo Sie früher mit Ihren Kumpels auf dem Rasen gekickt haben, steht heute der Textildiscounter KiK. Wo sie früher den Sonntagsspaziergang gemacht haben, befindet sich heute wahrscheinlich eine Umgehungsstraße. Das ist die Wahrheit. Wenn man sich hinstellt und immer so tut, als würde man die Naturschönheiten Bayerns bewahren wollen, dann tut es verdammt weh, wenn die Realität eine ganz andere ist, und zwar durch Ihre Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Sie sind im Begriff, unser Land in ein Gewerbegebiet mit Autobahnanschluss zu verwandeln.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Wir GRÜNE sagen ganz deutlich: Wir brauchen eine Änderung in der Landesplanung. Zuerst aber brauchen wir endlich eine Politik, die denkt, bevor der Bagger kommt. Außerdem brauchen wir eine Obergrenze, eine Obergrenze für den Flächenfraß in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Staatssekretärs Franz Josef Pschierer)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie einmal kurz zuhören würden, ich glaube, das wäre der Würde des Hauses angemessen. Sie reden oft von Obergrenzen. Bei einer Obergrenze für den Flächenfraß haben Sie auch die Bundesregierung auf Ihrer Seite. Eigentlich gehö-

ren Sie doch auch der Bundesregierung an. Die Bundesregierung hat im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen, zulässig sind deutschlandweit 30 Hektar pro Tag. Das heißt für Bayern 5 Hektar am Tag. Das ist die Obergrenze des Flächenfraßes, die wir uns vorstellen. Ich verspreche Ihnen, das werden wir eines Tages einführen, mit Ihnen oder gegen Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Leider ist der zuständige Minister Markus Söder noch immer nicht im Haus. In den letzten Wochen und Monaten haben viele die Berichte gelesen, in denen es immer wieder hieß, Markus Söder nimmt am liebsten Fototermine wahr. Wahrscheinlich ist er gerade bei einem. Das hat man beim Thema "Vermessung der Mittelpunkte in Bayern" gemerkt.

(Unruhe bei der CSU)

So viel zu den Mittelpunkten in Bayern, die Söder vermessen hat. Das Programm ist bald abgeschlossen. Eines kann ich Ihnen aber sagen, und vielleicht können Sie den Tipp auch an Herrn Söder weitergeben: Die PR-Abteilung sollte einfach ein Konzept erstellen, in dem Sie die Tiefpunkte Ihrer Politik vermessen. Da gehen Ihnen die Fototermine nicht aus.

(Beifall bei den GRÜNEN – Markus Rinderspacher (SPD): Sehr gut, schön gesagt!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zu einem ehemaligen Betätigungsfeld des Ministerpräsidenten Seehofer: die Energiewende. Erinnern Sie sich noch, Herr Ministerpräsident? – Es ist noch gar nicht lange her.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ja, selbstverständlich! – Heiterkeit bei der CSU)

In sechs Jahren schreiben wir das Jahr 2022. Dann wird das letzte Atomkraftwerk vom Netz gehen. Mit dem Abschalten des letzten Atomkraftwerkes endet ein jahrzehntelanger Kampf gegen die Atomköpfe der CSU. Erwin Huber, der gerade nicht im Hohen Hause ist, ist wahrscheinlich noch immer ein Atomkraftfan. Nun aber beenden wir endlich diese lebensgefährliche Stromerzeugung. Vor gut fünf Jahren haben wir das alle gemeinsam beschlossen. Wir hatten ein Zeitfenster von elf Jahren vereinbart. In diesen elf Jahren wäre einiges zu schaffen, hin zu einem dauerhaft sicheren System der erneuerbaren Energien mit Wind und Sonne als Rückgrat der Versorgung und Biomasse zur flexiblen Unterstützung. Damit könnten wir ein klares Signal setzen im Hinblick auf unsere Verantwortung für den Klimaschutz. Wir könnten zeigen, dass moderne Technologien unsere Zukunft besser machen. Wir könnten damit Wohlstand und Arbeits-

plätze sichern. Was aber haben Sie, die CSU-Regierung, gemacht? – Sie haben kapituliert. Sie haben aufgegeben. Seit drei Jahren findet keine Energie-wendepolitik in Bayern mehr statt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heute ist Ilse Aigner nicht da, Sie können es ihr aber vielleicht ausrichten. Sie hat im Kabinett erklärt, dass sie einen Zukunftsfonds haben möchte, mit dem die Energieumlage in Zukunft abbezahlt wird. Bei den Haushaltsreden von Herrn Kollegen Kreuzer haben wir gehört: Wir nehmen keine neuen Schulden auf, wir kommen mit dem Geld zurecht. – Was Sie dort machen, ist aber absolut verantwortungslos. Aktuell haben wir ein Energiesystem, das alle Kosten auf die nächste Generation abwälzt. Nun wollen Sie sogar noch die Kosten des Umbaus auf die nächste Generation schieben. Das ist verantwortungslos!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, der Ministerpräsident hat vorhin davon gesprochen, was angeblich alles erledigt wurde, nachdem es versprochen worden ist. Erinnern sie sich noch: Bayernplan? Das waren ein paar Seiten, die Sie Wahlprogramm genannt haben. Da steht drin: Wir wollen, dass in Bayern so viel Strom erzeugt wird, wie wir verbrauchen. Dieses Versprechen wurde komplett gebrochen. Ihre zuständige Ministerin hat nämlich bereits vor einem Jahr bekannt gegeben, dass in Zukunft jede zweite Kilowattstunde aus anderen Bundesländern kommen muss, um die Versorgung in Bayern aufrechtzuerhalten. Wir werden also abhängiger von anderen Ländern. Es kommt aber noch schlimmer: Es wird dreckiger.

(Zuruf des Staatssekretärs Franz Josef Pschierer)

Dann kommt nämlich der schmutzige Kohlestrom. Auf Bundesebene steht die Große Koalition leider zusammen. Vorhin haben Sie sich doch noch gegenseitig gelobt, was Sie in diesen Bereichen alles gemeinsam machen. Sie haben leider auch gemeinsam dafür gesorgt, dass es in Deutschland keinen echten Kohleausstieg gibt. Damit kommt der dreckige Kohlestrom. Das ist Ihr Versagen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Sandro Kirchner (CSU): Nordrhein-Westfalen!)

Wir GRÜNE wollen die Energiewende voranbringen. Das heißt ganz konkret: Weg mit Ihrem Windkraftverhinderungsgesetz. Nur weil ein Gesetz nicht gegen die Verfassung verstößt, ist es noch lange nicht sinnvoll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen den flexiblen Einsatz der Biogasanlagen in Bayern fördern.

(Sandro Kirchner (CSU): Die wollt ihr doch verhindern!)

Wir wollen, dass die Biogasanlagen nur noch dann laufen, wenn Wind und Sonne kein Angebot liefern. Es ist doch Unsinn, wenn das Wind- und Sonnenangebot ausreicht, zeitgleich eine Biogasanlage laufen zu lassen. Das muss bis 2022 erreicht sein. Wir wollen die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung in den Markt bringen. Wir wollen dafür ein Förderprogramm in Bayern haben. Vor allem wollen wir eines, womit die Energiewende viel zu tun hat: Wir wollen, dass die Menschen mitmachen können, dass sie sich gut beraten fühlen. Deshalb wollen wir ein flächendeckendes Netz von Energieagenturen in allen bayerischen Landkreisen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist ein Jahr her, seit Umweltministerin Ulrike Scharf ihre erste und einzige Regierungserklärung zum Thema Klimaschutz gehalten hat. Sie sprach davon, und zwar vollkommen richtig, dass in diesem Jahrhundert ein Temperaturanstieg um 4,5 Grad droht. Dieses Jahrhundert mag für einige von Ihnen vielleicht nach einer Ewigkeit klingen, das ist es aber nicht. Sie alle kennen das Kinderhaus des Bayerischen Landtags. An dieser Stelle ein Dank an die Präsidentin, die sich dafür eingesetzt hat. Auch ein Dank an die Mitarbeiterinnen dort, die wirklich eine tolle Betreuungsarbeit leisten. Es ist nämlich alles andere als eine Aufbewahrung, um dort seine kleinen Kinder abzugeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, für die Kinder, die dort heute gemeinsam spielen, gemeinsam lachen und vielleicht auch gemeinsam weinen, für diese Kinder ist dieses Jahrhundert nicht irgendwann, sondern das ist ihr Leben. Die Kinder, die heute im Kinderhaus spielen, das sind die Kinder Ihrer Kolleginnen und Kollegen, das sind die Kinder der geschätzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Hohen Haus. Das mögen auch Kinder der Landtagspresse sein. Diese Kinder werden diejenigen sein, die hier in Bayern mit den gravierenden Folgen der Erdüberhitzung zu kämpfen haben. Sie aber, die CSU-Regierung, tun trotz der Steuerrekordeinnahmen nichts für den Klimaschutz in Bayern. Dagegen nichts zu tun, ist eigentlich schon beschämend genug, Sie setzten aber sogar noch eines obendrauf: Mit Ihrem 10.000-Häuser-Programm fördern Sie den Austausch alter dreckiger Ölheizungen gegen neue dreckige Ölheizungen. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kol-

legen, das ist kein Klimaschutz, das ist ein Klimaverbrechen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zu einem anderen wichtigen Zukunftsthema. Vielleicht ist auch Ihnen schon aufgefallen, dass kaum ein bayerischer Bürgermeister vor sein Rathaus treten kann, ohne auf Markus Söder zu treffen, der mit einem DSL-Förderbescheid und einem Kamerateam hinter seinem Rücken auftaucht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Das ist Bürgernähe! – Karl Freller (CSU): Und die grünen Bürgermeister freuen sich! – Heiterkeit bei der CSU)

So ist das gerade in Bayern. Dort werden viele Millionen Euro ausgegeben. Markus Söder profitiert davon, die Ortschaften, die Städte aber leider nicht. Hier werden mit viel Geld alte Kupferleitungen aufgemotzt. Diese Technologie wird aber in ein paar Jahren schon veraltet sein. 300 bis 500 Megabit pro Sekunde wird bald die Richtgeschwindigkeit im Internet sein. Mit den alten Klingeldrähten der Telekom ist das nicht zu schaffen. Da ist wahrscheinlich bei 100 Megabit pro Sekunde Schluss. So droht uns vor allem auf dem Land ein Söder-Tempolimit im Netz. Tempo 100 auf den Straßen wäre ganz okay, im Netz aber nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Söders Tempolimit im Netz behindert nicht nur unsere Wirtschaft; es behindert auch in hohem Maße die Entwicklung im ländlichen Raum und ist damit komplett ungerecht und unsozial. Und es heißt auch, dass die Orte, die jetzt auf das Vectoring setzen, praktisch bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten müssen, bis sie wirklich schnelles Internet bekommen. Wir GRÜNE sagen deshalb: Weg mit dem Söder-Tempolimit im Internet. Der Glasfaser gehört die Zukunft, und zwar flächendeckend in Bayern,

(Beifall bei den GRÜNEN)

flächendeckend bis zu jedem Haus. In zehn Jahren ist das zu schaffen, wenn man es wirklich will. Dann hätten wir die digitale Infrastruktur, die uns international konkurrenzfähig macht.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das ist der erste Punkt, bei dem Sie recht haben!)

Und ich komme zu einem weiteren Punkt, bei dem Sie mir gleich noch mal recht geben werden – mit Sicherheit, jede Wette: Wer jeden Tag einen Förderbescheid überreicht, ist noch lang kein Stratege.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Das stammt von Ihnen, Herr Ministerpräsident. Sie glauben ja gar nicht, wie sehr Sie damit recht haben.

(Zurufe von den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zu einem weiteren Thema, der Integration. Die SPD-Fraktion und die GRÜNEN-Fraktion haben darüber am vergangenen Donnerstag ausgiebig diskutiert, und Sie haben sich der Debatte verweigert. Trotz Ihrer Verweigerung ist durch Ihr Spaltungsgesetz klar geworden, dass Sie ein Riesenproblem mit allen Menschen haben, die nicht dem entsprechen, was Sie für sich als kulturell normal empfinden. Aber wie soll denn Integration gelingen, wenn die Zuwanderer an einer Art Leitkultur-Garderobe ihre kulturelle Identität abgeben müssen?

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Schauen Sie doch nach Berlin und Hamburg, wie es da läuft!)

Wir sind der Meinung: Dazu, dass Integration wirklich funktioniert und die Menschen Teil unserer Gemeinschaft werden, ist der erste Schritt – und das müssen Sie endlich mal begreifen –, dass Sie den Leuten nicht immer vermitteln, wir wollen sie eigentlich nicht hier haben. Eine moderne Gesellschaft bedeutet Vielfalt, und Vielfalt hält man mit dem Rechtsstaat zusammen, nicht mit Gleichmacherei durch einen kulturell normierten Leitkult. Gleiches Recht für alle, gleiche Regeln für alle – darauf kommt es an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zu einem finanziellen Schwerpunkt des Haushalts, zur Bildungspolitik. Da sind wir uns wahrscheinlich auch einig, und dann können Sie mir heute zum dritten Mal zustimmen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Nein, das wäre dann erst das zweite Mal!)

– Das dritte Mal kommt noch; da sind Sie dann auch dabei: Wir sind uns sicher alle darin einig, vor allem die Bildungspolitiker unter Ihnen: Kinder sind nicht deshalb dümmmer, weil sie vom Land kommen oder weil ihr Papa oder ihre Mama nicht so viel Geld hat. Da sind wir uns doch einig. Aber die Chancen, Abitur zu machen, sind für diese Kinder deutlich schlechter, und das im reichen Bayern. Sie hängen vom Geldbeutel und vom Wohnort der Kinder ab. Das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß, einige von Ihnen denken jetzt wahrscheinlich: Es muss ja nicht jeder Abitur machen. – Ja, auch das stimmt: Nicht jeder muss Abitur machen. Aber ob einer Abitur machen möchte oder nicht, muss von seinem Willen und von seinen Fähigkeiten abhängen, darf nicht vom Wohnort bestimmt werden. Das muss unabhängig davon sein, ob ich in München oder in Bayerbach wohne, davon, ob mein Vater den Hauptschulabschluss oder das Abitur in der Tasche hat, davon, ob ich geduldet bin, ob meine Eltern aus der Türkei kommen oder ob ich in Bayern geboren bin,

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist doch in der Realität so!)

unabhängig davon, ob der Papa Flüchtling oder Zahnarzt ist. Das ist Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns GRÜNE heißt das, Kinder mitzunehmen und zu fördern, statt sie auszusortieren, Kinder zu fördern und zu ermutigen, statt sie zu entmutigen. So könnte Bildungsgerechtigkeit im reichen Bayern gelingen. Wir können es uns leisten, jeden dritten Euro für den Bildungsbereich auszugeben. Das ist sicherlich richtig, aber dazu gehört auch, das Geld richtig auszugeben. Es reicht nicht, einfach die Geldsumme in den Raum zu stellen. Ihnen fehlen einfach der Wille, der Mut und vor allem das Anpacken, um diese Herausforderung zu meistern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zu einem weiteren Bereich, in dem Sie sich wirklich unglaublich schwertun, eine Veränderung zuzulassen, obwohl das eigentlich absolut notwendig ist. Wir haben vor zwei Wochen durch den Antrag der SPD erfahren, dass eine dritte Strophe der Bayernhymne Ihre Vorstellungskraft übersteigt. Dabei haben wir längst eine, zudem eine, die der Wirklichkeit sehr nahe kommt. Die ersten beiden Zeilen lauten:

Gott mit dir, du Land der Baywa, deutscher Dünger aus Phosphat,

über deinen weiten Fluren liegt Chemie von früh bis spät.

Dieser Text stammt von der Biermösl Blosn. Er ist 35 Jahre alt und aktueller denn je.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu viel Nitrat im Wasser, Gift im Boden, Keime im Fleisch, die gegen Antibiotika resistent sind – das ist

doch die Realität in Bayern im Jahre 2016. Die CSU-Agrarpolitik geht mit unserem Wasser, mit unseren Böden so um, als wären sie eine Sondermülldeponie für die Abfälle der industriellen Lebensmittelproduktion, nicht ein unersetzbarer Bestandteil unserer Lebensgrundlagen. Die Tierhaltung zeigt, auf welchen Abwegen wir uns bewegen: In fensterlosen Mastställen wird das Vieh gehalten, mit Medikamenten wird es vollgepumpt, in den Schlachthöfen wird es gequält, bevor ihm der Garaus gemacht wird, und das immer öfter ohne Betäubung, wie wir lesen mussten.

(Zuruf von der CSU)

– Ich weiß, die Wahrheit tut manchmal weh. Aber die CSU-Agrarpolitik geht mit Tieren so um, als wären sie keine lebenden Kreaturen, sondern industrieller Rohstoff. Das ist eine Schande

(Beifall bei den GRÜNEN)

und zeigt keine Spur von Verantwortungsbewusstsein, keine Spur von Mitgefühl. Und Sie von der CSU stimmen dann immer gemeinsam mit dem Bauernverband das bekannte Klage lied an: Der Verbraucher will es nicht anders. Aber das ist nur ein Vorwand. In Wirklichkeit haben Sie sich längst von einer mittelständischen Landwirtschaft verabschiedet.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNE wollen gesunde Produkte aus umweltgerechtem Anbau ohne Überdüngung der Böden, ohne Belastung unseres Wassers und ohne den Einsatz von krebserregenden Giftstoffen wie Glyphosat. Wer in den Supermarkt geht, will gute Lebensmittel, keine Produkte, die unser Wasser, unsere Böden kaputt machen und die Tiere unnötig quälen. Unser Ziel ist eine giffreie Landwirtschaft für Bayern. Die schützt uns Menschen, unsere Böden und vor allem unser wichtigstes Nahrungsmittel, das Wasser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Mit Ihrem Haushalt, der Rekordinnahmen verzeichnet, zementieren Sie eine Politik der vertanen Chancen. Ein dicker Geldbeutel ist kein Garant für gute Politik. Sie geben viel Geld aus, bleiben aber trotzdem vieles schuldig, zuallererst eine klare Vision, wie Sie Bayern gestalten und weiterentwickeln wollen. Der vorliegende Doppelhaushalt zeigt es deutlich: Ihnen fehlen der Mut, die Zuversicht und vor allem der Wille, Bayern zu erneuern. Eine sich verändernde Welt fordert auch eine Erneuerung in Bayern. Mir fehlt ein klares Bekenntnis von Ihnen – damit habe ich meine Rede begonnen –, was Sie in Bayern erhalten und bewahren möchten. Das finde ich nicht in Ihrer Politik. Sie können sich selber auf die

Schulter klopfen, sich selber loben, hier von einem Rekord nach dem anderen sprechen, so oft Sie wollen: Das ändert nichts daran, dass Sie bei diesem gigantischen Haushalt die Zukunftsaufgaben nicht im Blick haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein starkes Land. Aus Stärke erwächst Verantwortung, und ich hätte mir gewünscht, dass wir hier einen Doppelhaushalt vorgelegt bekommen, mit dem wir unserer Verantwortung für das gesamte Land und auch für die kommenden Generationen wirklich gerecht werden. – Danke.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Freller.

Karl Freller (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gerade in einer Zeitung der Evangelischen Jugend – da gab es zwei Seiten Luther-Zitate – ein Luther-Zitat gelesen, bei dem ich den Eindruck hatte, als habe Luther genau Bescheid gewusst, was meine beiden Vorredner betrifft. Er hat nämlich vor 500 Jahren gesagt: Es ist die größte Torheit, mit vielen Worten nichts zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin ein kritischer Mensch. Das Wort "Kritik" kommt von dem Wortstamm "unterscheiden", und unterscheiden heißt vergleichen. In diesem Raum sind wenige, die so viele Doppelhaushalte miteinander vergleichen können wie ich. Ich habe darüber hinaus Detailwissen von Haushalten. Wenn man neun Jahre Staatssekretär war, kennt man den Haushalt, und wenn man Berichterstatter für den Wissenschaftshaushalt mit fast 1.500 Papierseiten ist, weiß man, was sich darin an vielen Stellen verbirgt. Was sich auf einer Seite so harmlos liest, sind in Wahrheit Gebäude, Menschen, Ausgaben und Investitionen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man frühere Haushalte und das, was im Haushalt 2017/18 steht, miteinander vergleicht, muss man sagen: Bayern ist im besten Zustand seiner Geschichte.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Es gibt kein Jahr, in dem mehr ausgegeben wurde und in dem die Zustände im Personalbereich und im baulichen Bereich besser waren, als sie es jetzt sind und als sie in den nächsten beiden Jahren noch sein

werden. In der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses habe allein ich als Berichterstatter fast 250 Millionen Euro nur für Baumaßnahmen im universitären Bereich freigeben können. Ich sage klipp und klar: Noch nie hat die Jugend in einem Land so gute Voraussetzungen gehabt, sich auf die Zukunft vorzubereiten, wie es jetzt der Fall ist. Jetzt wende ich mich genau an meinen Vorredner: Herr Hartmann, ich bin stolz, dass wir in Bayern der Jugend eine derartige Zukunft vorbereiten und sichern können. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Ich komme noch auf den Vergleich mit anderen Ländern, wo mir die Jugend leidtut, weil man dort überhaupt nicht an die Zukunft, sondern nur an die Gegenwart und an das Verpulvern von Geld denkt. Wir haben in Bayern immer eine zukunfts-gewandte Politik gemacht, die sicherstellt, dass auch in 10 oder 20 Jahren noch so viel da ist, dass die nächsten Generationen über das entscheiden können, was dann ansteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst einmal zu danken. Wer hat uns denn die Einnahmen gebracht?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es gibt keine Ausgaben ohne Einnahmen; sonst gibt es Schulden. Also muss ich erst einmal schauen, wer derjenige ist, der uns die Einnahmen bringt. Ich spreche deshalb dem viel belächelten einfachen Steuerzahler ein großes Lob aus, der brav seine Steuern zahlt. Die Menschen, die in der Früh in die Arbeit gehen, ihr regelmäßig ein Leben lang nachgehen und brav ihre Steuern zahlen, haben höchste Anerkennung verdient. Sie werden oft vernachlässigt, und es ist mir ein Anliegen, ihnen einmal Danke schön zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dagegen habe ich kein Verständnis für jene, die wenig tun wollen und dann auf diejenigen neidisch sind, die viel tun und dadurch mehr verdienen. Es gibt ein Prinzip des Leistungswillens des Einzelnen, sofern er kann. Wenn jemand schwach oder krank ist, ist es etwas ganz anderes. Aber wir haben in Bayern unwahrscheinlich viele fleißige Menschen, die sich in ihrem Beruf dafür einbringen, dass das Land vorankommt.

Ein zweites Lob möchte ich aussprechen, wiewohl ich weiß, dass es da ein paar beklagenswerte Einzelfälle geben mag. Ich möchte einmal unseren Verwaltungen dafür danken, dass sie so gut funktionieren. Sie sind eine Voraussetzung dafür, dass das Geld entsprechend fließen kann. Wer in Griechenland gewesen ist und gesehen hat, wie eine nicht funktionierende Verwaltung mit daran schuld ist, dass nicht einmal Steuern da sind, die man ausgeben kann – man muss sich das Geld von anderen europäischen Ländern holen –, wird sehr zu schätzen wissen, wenn eine Verwaltung funktioniert.

Das Dritte ist unsere bayerische Wirtschaft, der ich auch Dank sagen möchte. Ich verteufele sie nicht, wie es andere tun, sondern ich weiß, wie wichtig es ist, dass die Wirtschaft in einem Land so funktioniert, wie das im Augenblick in Bayern der Fall ist, und sich mit wirklich großem Engagement innovativ weiterentwickelt. Wir haben die geringste Arbeitslosigkeit seit Langem. Es gibt kaum mehr eine Spreizung. Solche Verhältnisse dürfen Sie deutschlandweit suchen, und Sie werden sie nicht finden. Sie dürfen sie auch europaweit suchen, und Sie werden sie europaweit erst recht nicht finden. Damit haben wir ein Plus für unsere Jugend, das größer nicht sein kann. Sie konnten sich ansehen, wie in Spanien oder Frankreich den Jugendlichen seit Jahren bis zum heutigen Tag keine Perspektive geboten werden konnte. Wir können froh sein, dass wir fast Vollbeschäftigung haben, dass die jungen Leute eine Lehrstelle finden und studieren können. Das ist nicht selbstverständlich, sondern erfordert eine gute und vernünftige Politik. Es ist mir wichtig, das einmal herauszuarbeiten.

Auch die Wirtschaft ist wichtig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Allerdings sollten wir nicht vergessen, dass wir zu fast 50 % vom Export leben. Wir haben ein Exportvolumen in der Größenordnung von 185 Milliarden Euro. Lieber Franz Pschierer, korrigiere mich! Das heißt, ohne den Export hätten wir große Probleme. Wir müssen also an internationalen Kontakten höchst interessiert sein und müssen sie pflegen, und es ist kein Cent zu viel ausgegeben, wenn wir überall in der Welt bayerische Vertretungen einrichten, sondern das ist unser Kapital für die Zukunft.

In diesem Zusammenhang habe ich eine Bitte. Ich will das Thema G 8/G 9 weiß Gott nicht anschnitten. Aber ich habe einen Wunsch. Bei einer Exportquote von fast 50 % brauchen junge Menschen die Chance, sehr früh einen Auslandsaufenthalt zu absolvieren. Ich bin sehr dafür, dass jemand in seiner Schulzeit für ein Jahr ins Ausland gehen kann. Während des Studiums ist das schwieriger, weil das Bachelor-Studium in gewisser Weise verschult ist und es damit erheblich schwerer ist, ein Jahr ins Ausland zu gehen. Mir ist

das ein großes Anliegen. Vielleicht sollten wir uns doch überlegen, ob wir nicht ein Programm auflegen, das auch sozial Schwächeren ermöglicht, dass ihre Kinder ein halbes oder ein ganzes Jahr ins Ausland gehen. Einem jungen Menschen kann nichts Besseres passieren, als die Welt aus der Sicht eines Schülers, während einer Berufstätigkeit oder eines Praktikums zu erfahren. Das ist mein Wunsch, den ich an diese Stelle einbringe.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle natürlich auch denen danken, die maßgeblich an der Aufstellung der Haushalte beteiligt waren. Es war immer die Fraktion, die dahinterstand, und es waren immer die Fraktionsvorsitzenden und alle Vorsitzenden des Haushaltsausschusses von der CSU-Mehrheitsfraktion.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Aber drei Personen möchte ich schon namentlich nennen. Ein Ministerpräsident Edmund Stoiber begann damit, die Neuverschuldung einzudämmen und zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Das war ein ganz wichtiger und ein extrem harter Schritt. Ich musste als Staatssekretär seinerzeit Kürzungen vornehmen und mehrheitsfähig machen. Wenn man sparen muss und sparen möchte, ist das sehr schwer und erheblich schwerer, als wenn man Geld hat und es ausgeben kann. Das war der ausgeglichene Haushalt. – Dann kam Ministerpräsident Seehofer. Ich muss zugeben, ich muss ein bisschen Abbitte leisten. Als es vor sechs oder sieben Jahren in Wildbad Kreuth um das Ziel ging, sich nicht nur nicht neu zu verschulden, sondern auch alle Altschulden abzubauen, war das eine große Ankündigung, an der ich etwas Zweifel hatte. Aber wir schaffen es. Jahr für Jahr werden Schulden abgebaut, und das ist eine großartige Leistung. Herr Rinderspacher, wenn Sie uns vorwerfen, dass der Schuldenabbau einmal nicht ganz so intensiv ist, weil wir das Geld aus dringenden sozialen Gründen für die Flüchtlinge brauchen, halte ich das für eine Scheinheiligkeit ersten Ranges.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage logischerweise auch dem Finanzminister Dank, der dieses Amt seit fünf Jahren innehat. Er hat viele Baustellen beseitigt,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

und ich möchte Markus Söder attestieren, dass er aus Steinen, die ihm in den Weg gelegt worden sind, Treppen gebaut hat. Das ist eine Kunst, die nicht so leicht zu schaffen ist. Allen dreien also ein herzlicher Dank. Denn ich halte es für wichtig, dass das Gesamtkonzept gesehen wird, immer wieder flankiert von einer Fraktion und allen, die hier mit Verantwortung tragen.

Meine Damen und Herren, die Zeit ist knapp. Ich kann nicht auf alle Themen eingehen, die genannt wurden, will aber schon noch ein paar Punkte bringen. Herr Rinderspacher, Sie sind doch mit mir der Auffassung oder einig, dass Deutschland in Europa wirtschaftlich führend ist.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie sind auch mit mir einig, dass Bayern in Deutschland führend ist.

(Markus Rinderspacher (SPD): Natürlich!)

Das heißt schlicht und einfach: Damit ist Bayern in Europa führend. Eine ganz einfache Logik.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU)

Das bedeutet, wir haben mit die besten Wirtschaftszahlen, die besten Haushaltszahlen in ganz Europa. Da stellen Sie sich hin und bejammern das Ganze.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nein! Das hätte eine bessere Politik verdient, Herr Freller! Die Ausgangsbasis ist so, wie Sie sagen!)

– Bayern hat eine exzellente Politik. – Heute Nacht ist Vollmond.

(Natascha Kohnen (SPD): Erst morgen!)

Herr Rinderspacher, ich habe fast die Sorge, dass Sie draußen stehen und ihn anbellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bitte doch noch um etwas Ruhe. Wir haben nur noch fünf Minuten, und ich bitte Sie, Herrn Freller zu Wort kommen zu lassen. Sonst gibt es heute Abend nichts zu essen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Karl Freller (CSU): Wissen Sie: Wer die bayerische Haushaltspolitik angreift und nicht sieht, was in dem von seiner Partei regierten Bundesland Nordrhein-Westfalen los ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, der ignoriert – –

(Natascha Kohnen (SPD): Das sind doch alte Kamellen!)

– Entschuldigung, sind das die Genossen oder nicht?

(Natascha Kohnen (SPD): Haben Sie 13 Großstädte?)

– Ach, gehen Sie zu. Das war doch die große Chance, aus den Großstädten etwas zu machen.

(Natascha Kohnen (SPD): Ja, super, genau!)

Nordrhein-Westfalen hatte die großen Vorteile. Die hatten einen weitaus größeren Vorteil, als ihn die armen Bayern noch vor 30, 40 Jahren hatten. Was haben sie daraus gemacht? – Schulden ohne Ende. Ich habe mir noch ein paar Zahlen besorgt.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

– Ja, die möchte ich noch loswerden, Entschuldigung.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das möchte ich heute schon noch loswerden. Da ist eine einzige Zahl, die hochinteressant ist.

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Freller, wir sind hier im Bayerischen Landtag und nicht in Nordrhein-Westfalen!)

– Nein, nein; eine Zahl, Herr Rinderspacher. Sie wollen das nicht gern hören und reden jetzt dazwischen, weil Sie die Zahl nicht hören wollen. Ich habe die Zahlen übrigens vom IWD, also nicht einmal aus dem eigenen Haus geholt, sondern von außen. Jetzt kommt der Hammer: Wissen Sie, wie hoch in Nordrhein-Westfalen ein Bürger verschuldet ist, in welcher Höhe ein Schuldschein in die Wiege eines Kindes gelegt wird? – Die Schulden des Landes und der Kommunen betragen pro Person 13.576 Euro. So viel Schulden hat ein Kind, das in Nordrhein-Westfalen auf die Welt kommt, von der ersten Stunde seines Lebens an.

(Natascha Kohnen (SPD): Raten Sie mal, woher wir die geerbt haben!)

Das ist doch keine verantwortliche Politik. Ihr von der SPD nehmt in NRW noch zusätzlich zwei Milliarden auf jedes Jahr. Ihr macht neue Schulden. Da wollen Sie uns sagen, was wir besser machen sollen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Bei einer solchen Landesbank darf man gern ein bisschen Demut haben!)

– Herr Rinderspacher, ich würde mir wünschen, dass Sie doch einmal nach Nordrhein-Westfalen gehen,

(Unruhe bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU):
Oder Niedersachsen!)

vielleicht habt ihr einen Austausch. Sagen Sie der Ministerpräsidentin dort, wie sie es machen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich verspreche Ihnen, aus unserem Haushaltsausschuss geht gern jemand von der CSU mit, der vielleicht erklärt, was Sie dort machen können, damit es besser geht,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

damit es den Leuten in 20 Jahren vielleicht so gut geht, wie es uns in Bayern geht. Das wollte ich einfach einmal loswerden.

Andere Vergleichszahlen existieren und ließen sich hier noch in Hülle und Fülle nennen, beginnend beim Bruttoinlandsprodukt, wo Bayern übrigens ein Plus von 12,3 % aufweist; Nordrhein-Westfalen hat gerade noch plus 4,9 % zu verzeichnen. Das sind Zahlen, die man der Reihe nach durchlesen kann.

Meine Damen und Herren, abschließend sage ich eines. Ich kenne sehr wohl den Spruch: Wer aufhört, besser sein zu wollen, hat aufgehört, gut zu sein. Aber ich sage Ihnen auch: Wir wollen immer besser sein, und das wird auch für die Zukunft gelten; solange die CSU in Bayern regiert.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

(Anhaltende Unruhe)

Ich bitte doch um etwas Ruhe. Wir treten jetzt in die Abstimmung ein.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 02, und die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13242, 17/13194, 17/13195 und 17/13297 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14631 zugrunde.

Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14631 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 02 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich jetzt von seinem Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – FREIE WÄHLER.

(Zurufe von der CSU: Oh! – Unruhe)

Dann ist die Abstimmung so erfolgt. Einzelplan 02 ist angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage)

Außerdem wird noch folgende Beschlussfassung vorgeschlagen:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 02 ist abgeschlossen. Ich schließe die Sitzung und darf Sie daran erinnern, dass um 19.00 Uhr ein Parlamentarischer Abend stattfindet.

(Schluss: 17.36 Uhr)

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt: 4

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Teilnahme des Freistaates Bayern am „Eine Welt-PromotorInnenprogramm“
(Kap. 02 03 Tit. 683 53)
Drs. 17/13194
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaats Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 17/13195
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathi Petersen, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausbau des PromotorInnenprogramms zur Förderung entwicklungspolitischer Inlandsarbeit
(Kap. 02 03 Tit. 683 53)
Drs. 17/13242
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sparsamere Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 17/13297